



Quelle: Bundesarchiv

*Andreas Biefang*

## Die Sozialdemokratie im Reichstag

### Das Parlament als Faktor der Integration 1871–1890

Das Foto zeigt Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Mai 1889. Die Sozialdemokraten – nach den Worten des *Konservativen Handbuchs* von 1892 »eine anerkannt ernste Gefahr für die gesammte Kultur« – haben sich der kulturellen Dominanz des bürgerlichen Herrenanzugs samt weißem Kragen und Binder gebeugt. Allenfalls die Demokraten-Bärte von Kühn und Liebknecht (stehend in der Mitte) wirken verdächtig, vielleicht auch die provokante Lässigkeit des vorn rechts sitzenden Frohme oder die energiegeladene Präsenz des Anführers in der Mitte.

Aufgenommen wurde das Bild durch Julius Braatz im Foyer des Reichstags. Es war Bestandteil einer umfassenden Fotoreportage über das Parlament und seine Mitglieder. Irritierend wirkt der Sinnspruch, unter dem die Abgeordneten posieren: »Auch im Kriege und durch gemeinschaftliches Durchkämpfen desselben wird ein Volk zum Volke«. Er stammt aus den *Reden an die deutsche Nation* Fichtes, dessen Konterfei in dem Rund darüber abgebildet ist. Das Foyer bot viele geeignete Sitzgelegenheiten und ein halbes Dutzend weniger verfängliche

Sinnsprüche. Warum posieren die Sozialdemokraten ausgerechnet hier? Ist es Unachtsamkeit? Steckt dahinter die perfide Ironie eines betont bürgerlichen Fotografen? Oder ist es ein bewusster politischer Akt der Sozialdemokraten, der deren patriotische Treue auch unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes beweisen soll?

Das Foto illustriert beiläufig das grundsätzliche Dilemma von Opposition und Integration, in dem sich die sozialdemokratische Partei des Kaiserreichs befand und das sie bis zum August 1914 nicht zu lösen vermochte. Es ist kein Zufall, dass der Abdruck des Fotos in der von Ursula Herrmann verantworteten Bebel-Biografie von 1989 nur die Parlamentarier zeigt, während der ideologisch fragwürdige Spruch Fichtes durch Retuschen unsichtbar gemacht wurde. Er passte nicht in das Bild, das man in der DDR von der revolutionären Sozialdemokratie zeichnen wollte.

## I. Einleitung

Die sozialdemokratische Fraktion war im Reichstag der Bismarck-Zeit machtpolitisch ohne Bedeutung. Mit höchstens vierundzwanzig, im Schnitt jedoch mit nicht einmal elf Abgeordneten spielte sie für die Bildung parlamentarischer Mehrheiten praktisch keine Rolle. Entsprechend gering war ihr unmittelbarer Einfluss auf die Gesetzgebung. Für die politische Geschichtsschreibung im engeren Sinne gibt die Fraktion somit nicht viel her, und ein solcher Ansatz wird hier auch nicht verfolgt. Stattdessen soll in diesem Beitrag anhand der parlamentarischen Geschichte der Partei das wohl zentrale Problem der politischen Arbeiterbewegung im Kaiserreich diskutiert werden. Gemeint ist die Frage, in welchem Umfang und auf welche Weise diese sich in ein Staatswesen einzufügen vermochte, das sie ursprünglich mehrheitlich abgelehnt hat.<sup>1</sup> Damit ist zugleich die grundsätzliche Kontroverse um den verfassungspolitischen Charakter des Kaiserreichs berührt, das nach dem viel zitierten Wort Theodor Schieders lediglich ein »unvollendeter« Nationalstaat war.

Das Spannungsverhältnis von prinzipieller Opposition und allmählicher Integration, der Widerspruch von revolutionärer Programmatik und reformerischem Handeln sind in der Forschung oft behandelt worden. Der zeitliche Schwerpunkt liegt dabei eindeutig auf der wilhelminischen Zeit. In diesen Abschnitt fielen der Revisionismusstreit und die Massenstreikdebatte sowie die Diskussionen über Budgetbewilligungen und über eine kontinuierliche parlamentarische Zusammenarbeit mit liberalen Parteien, zunächst vor allem in Süddeutschland. Am Ende dieses Zeitraums stand im August 1914 die Zustimmung der Partei zu den Kriegskrediten, die als vorläufiger Schlusspunkt einer problematisch gewordenen Integration gesehen werden kann.<sup>2</sup> Die oppositionelle Gründungsphase der Partei und die Zeit

1 Werner Conze/Dieter Groh, Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966, S. 86–113; Dieter Groh/Peter Brandt, »Vaterlandslose Gesellen«. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990, München 1992, S. 13–53.

2 Zuletzt kritisch gegenüber den Beschlüssen von Fraktion und Parteiführung: Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1994.

der Verfolgung unter dem Sozialistengesetz bieten demgegenüber offensichtlich wenig Ansatzpunkte für die Behandlung der Integrationsproblematik. Diese Epoche stand ganz im Zeichen der Bekämpfung der sozialistischen »Reichsfeinde« durch die autoritäre Obrigkeit im Verein mit der konservativ-liberalen Mehrheit des Reichstags. Entsprechend liegt das Schwergewicht der Forschung auf den Auswirkungen, die das Sozialistengesetz auf Organisation und Handlungsformen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gehabt hat.<sup>3</sup> Daneben spielen Arbeiten, die sich mit der sozialistischen Theoriedebatte, insbesondere der Rezeption des Marxismus, beschäftigen, sowie regionalgeschichtliche Studien eine erhebliche Rolle. Auch liegen wahlhistorische Forschungen vor, die den in jenen Jahren sich vollziehenden Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenpartei untersuchen.<sup>4</sup>

Dagegen ist die parlamentarische Tätigkeit der Sozialisten nur unzulänglich untersucht. Zu diesem Thema existiert lediglich eine neuere Monografie, nämlich die wichtige Arbeit von Elfi Pracht.<sup>5</sup> Einzelne Aspekte, besonders das Verhältnis von Fraktion und Partei, werden von Ursula Mittmann behandelt.<sup>6</sup> Hans-Peter Benöhr hat der Stellung der Sozialdemokratie zu Bismarcks Sozialgesetzen einen Aufsatz gewidmet, der am Rande auch Fragen der parlamentarischen Taktik behandelt.<sup>7</sup> Daneben gehen die meisten Übersichtsdarstellungen sowie

- 3 Noch immer lesenswert: Karl-Alexander Hellfaier, *Die deutsche Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes 1878–1890*, Berlin (Ost) 1958. Hervorragende zeitgenössische Quelle: Ignaz Auer, *Nach zehn Jahren. Material und Glossen zur Geschichte des Sozialistengesetzes*, 2 Bde., London 1889/90 [Nachdruck Nürnberg 1913]. Zur Behandlung der Gesetze im Reichstag: Wolfgang Pack, *Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890*, Düsseldorf 1961. Fallstudien und Dokumentationen, oft in der DDR angefertigt, sind zahlreich vorhanden. Eine moderne Synthese fehlt.
- 4 Genannt seien Gerhard A. Ritter, *Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen 1877–1890. Der Durchbruch der Partei zur Massenbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes*, in: Karsten Rudolph/Christl Wickert (Hrsg.), *Geschichte als Möglichkeit. Über die Chancen von Demokratie*, Essen 1995, S. 120–146; Jonathan Sperber, *The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany*, Cambridge 1997, bes. S. 35–74, 157–202; sowie zum Kernland der frühen Arbeiterbewegung Gerhard A. Ritter, *Das Wahlrecht und die Wählerschaft der Sozialdemokratie im Königreich Sachsen*, in: ders. (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs*, München 1990, S. 49–101; Wolfgang Schröder, *Wahlkämpfe und Parteienentwicklung. Zur Bedeutung der Reichstagswahlen für die Formierung der Sozialdemokratie zur politischen Massenpartei (Sachsen 1867–1881)*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung* 20 (1998), S. 1–66.
- 5 Elfi Pracht, *Parlamentarismus und deutsche Sozialdemokratie 1867–1914*, Pfaffenweiler 1990. Durch Pracht sind die älteren, einander diametral widersprechenden Arbeiten von Trautmann und Seeber überholt. Günter Trautmann, *Industrialisierung ohne politische Innovation*, phil. Diss. (masch.) Heidelberg 1957, stellte einseitig den reformerischen Charakter der Sozialdemokratie heraus und sah die Partei bereits vor 1890 als weitgehend in das politische System integriert an. Demgegenüber betonte Gustav Seeber, *Wahlkämpfe, Parlamentsarbeit und revolutionäre Politik*, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung. Studien zur sozialistischen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts*, Berlin (Ost) 1970, S. 219–330, allein die antiparlamentarischen, revolutionären Aspekte der sozialdemokratischen Politik.
- 6 Ursula Mittmann, *Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich*, Düsseldorf 1976; dies., *Das Postulat der innerparteilichen Demokratie. Der Dampfersubventionsstreit 1884/85*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz* 11 (1975), S. 1–29.
- 7 Hans-Peter Benöhr, *Soziale Frage, Sozialversicherung und Sozialdemokratische Reichstagsfraktion (1881–1889)*, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte, Abt. Germanistik* 98 (1981), S. 95–156.

einige einschlägige Biografien auf die parlamentarische Arbeit der Partei ein.<sup>8</sup> Dass die Reichstagsfraktion in der ausufernden Literatur zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung vergleichsweise geringe Beachtung gefunden hat, erklärt sich nur zum Teil aus der geringen machtpolitischen Bedeutung der Partei. Dieser Befund ist zugleich Ausdruck einer generellen Vernachlässigung des Reichs-Parlamentarismus der Bismarck-Zeit, der auch noch für diejenigen Historiker der Bundesrepublik gilt, die sich in traditionskritischer Weise mit dem Kaiserreich auseinander setzten. Erst mit der Kritik an der »Sonderwegs«-These setzte ein grundlegender Wandel ein. Seither hat sich das Interesse der Forschung verstärkt dem Bürgertum, den liberalen und nationalen Bewegungen, aber auch den politischen Parteien sowie den Parlamenten des 19. Jahrhunderts zugewandt.<sup>9</sup> Im Zuge dieser Forschungsentwicklung erfuhr auch der Reichstag der Bismarckzeit eine Aufwertung, der in den neueren Überblicks- und Gesamtdarstellungen als ernst zu nehmender Machtfaktor betrachtet wird.<sup>10</sup>

Erst vor dem Hintergrund dieser Neueinschätzung des Reichstags wird die hier verfolgte Fragestellung sinnvoll, ob und in welchem Umfang der Reichstag als Institution dazu beigetragen hat, die politische Arbeiterbewegung in den neu gegründeten Staat zu integrieren. Denn für die Entfaltung der von Groh formulierten These von der bloß »negativen Integration« war die Feststellung von erheblicher Bedeutung, dass der Reichstag aufgrund seiner politischen Schwäche als integrativer Faktor vollständig ausgefallen sei.<sup>11</sup> Methodisch nähert sich die Untersuchung ihrem Gegenstand in zwei Schritten. Zunächst soll die sozialdemokratische Fraktion als politischer Akteur in den Blick genommen werden. Dabei steht die politische und soziale Struktur der zahlenmäßig recht überschaubaren Gruppe im Mittelpunkt. Anschließend werden die parlamentarischen Strategien und Verhaltensweisen der Fraktion

- 8 Vor allem Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party. Social Democracy in Germany, 1878–1890*, Princeton 1966 (allerdings auch mit der Tendenz, Reformismus und Integration zu überschätzen); ferner W. L. Guttsmann, *The German Social Democratic Party, 1875–1933. From Ghetto to Government*, London u. a. 1981. Beispiele für Parlamentarier-Biografien: Rudolf Rocker, Johann Most, Berlin 1924; Georg Gärtner, Karl Grillenberger, Nürnberg 1930; Friedrich Pospiech, Julius Motteler, Esslingen 1977; Reinhard Jansen, Georg von Vollmar, Düsseldorf 1958; Friedrich Wilhelm Weitershaus, Wilhelm Liebknecht, Gütersloh/Gießen 1976; Ursula Herrmann u. a., August Bebel, Berlin (Ost) 1990; Francis L. Carsten, August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991; Margot Krempien, G. A. Demmler 1804–1886, Schwerin 1991; Angela Graf, J. H. W. Dietz 1843–1922, Bonn 1998. Viele Informationen zur Bismarck-Zeit enthält zudem die Einleitung zur Edition der Fraktionsprotokolle der Sozialdemokraten, die allerdings erst seit 1898 angefertigt wurden. Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1914, bearb. v. Erich Matthias/Eberhard Pikart, Bd. 1, Düsseldorf 1966, S. XIII–CXCI.
- 9 Vgl. den Literaturbericht von Thomas Kühne, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung*, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998), S. 206–263; genannt seien ferner: Hans-Peter Goldberg, *Bismarck und seine Gegner. Die politische Rhetorik im kaiserlichen Reichstag*, Düsseldorf 1998 (darin S. 99–158 ein Kapitel über Bebel's Rhetorik); Volker Stalman, *Die Partei Bismarcks. Die Deutsche Reichs- und Freikonservative Partei 1866–1890*, Düsseldorf 2000; Ansgar Lauterbach, *Im Vorhof der Macht. Die nationalliberale Reichstagsfraktion in der Reichsgründungsära 1866–1880*, Frankfurt a. M. u. a. 2000.
- 10 Vgl. zusammenfassend Hans-Peter Ullmann, *Politik im deutschen Kaiserreich 1871–1918*, München 1999, bes. S. 71–76.
- 11 Dieter Groh, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Frankfurt a. M. u. a. 1973, S. 29 f.

analysiert. Indem die Sozialisten die erkämpften Reichstagsmandate annahmen, gerieten sie gegenüber ihren Wählern unter Rechtfertigungszwang. Diese verlangten die Berücksichtigung ihrer Interessen und gaben sich mit agitatorischer Politik allein nicht zufrieden. Erfolge ließen sich im Reichstag jedoch nur erzielen, wenn man die geschriebenen und ungeschriebenen parlamentarischen Regeln kannte und bereit war, sie bis zu einem im Folgenden näher zu bestimmenden Grad zu übernehmen.

Während der erste Teil das Denken und Handeln der Sozialdemokraten gewissermaßen aus der Binnenperspektive heraus verfolgt, zielt der zweite Teil vorrangig darauf, die Wahrnehmung und Behandlung der sozialdemokratischen Abgeordneten durch die übrigen parlamentarischen Akteure zu überprüfen. Das Interesse gilt der Frage, ob die Sozialisten in erster Linie als feindliches Gegenüber und als Projektionsfläche für konservative und liberale Angstfantasien behandelt wurden, oder ob sie wenigstens ansatzweise in die politische und soziale Gemeinschaft der Abgeordneten integriert waren, die während der über Monate und Jahre sich hinziehenden gemeinsamen Arbeit beinahe zwangsläufig entstand. Hier geht es weniger um politisch-institutionelle Aspekte als um den parlamentarischen Alltag und seine symbolischen und rituellen Ausprägungen, kurz, um die »kulturelle« Dimension der Integration.

## II. Die Sozialdemokraten als parlamentarische Akteure

### *Das demokratische Wahlrecht*

Unabdingbare Voraussetzung dafür, dass dem Reichstag eine integrierende Funktion zukommen konnte, war das Wahlrecht. Die Reichsverfassung verfügte bekanntlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für jeden männlichen Bürger über 25 Jahren, der unbescholten war und keine Armenunterstützung bezog. Anders als die Forschung dies häufig betont hat, war die Einführung des demokratischen Wahlrechts auf Reichsebene kein durch Lassalle oder Napoleon III. Bonaparte inspiriertes Mittel zur populistischen Aushebelung des Liberalismus. Derartige Überlegungen leiteten Bismarck vornehmlich im Hinblick auf das oppositionelle, nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gebildete Preußische Abgeordnetenhaus der 1860er Jahre. Auf nationaler Ebene dagegen war die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, bei der auf das Revolutions-Wahlgesetz von 1849 zurückgegriffen wurde, eine Gemeinschaftsaktion der nationalen Verfassungsbewegung und Bismarcks. Sie erfolgte nicht wegen ideologischer Präferenzen für dieses Wahlrecht, sondern weil beide Seiten der Auffassung waren, dass nur ein demokratisch gewähltes Parlament in der Lage sein würde, die partikularistischen Widerstände zu überwinden, die einzelstaatlichen Bevölkerungen zu einer »Nation« zu vereinigen und dem neu gegründeten Staat hinreichende Legitimität zu verleihen.<sup>12</sup>

12 Andreas Biefang, *Modernität wider Willen. Bemerkungen zur Entstehung des demokratischen Wahlrechts des Kaiserreichs*, in: Wolfram Pyta/Ludwig Richter (Hrsg.), *Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb*, Berlin 1998, S. 239–259.

Auf lange Sicht war dieses Kalkül erfolgreich, auch wenn sowohl Bismarck wie die National-liberalen allmählich auf Distanz zu ihrem Coup gingen. Dass Bismarck seine wiederholten Drohungen mit dem »Staatsstreich«, die stets auch die Abschaffung des Wahlrechts einschlossen, nicht wahr machte, hängt mit dieser legitimitätsstiftenden Funktion des Wahlrechts zusammen. Mit seiner Beseitigung wäre vermutlich auch der innere Zusammenhalt des Reiches gefährdet worden. Zwar ließ die Durchführung des Wahlverfahrens viele Möglichkeiten der obrigkeitlichen Beeinflussung zu, indem etwa die Geheimhaltung der Stimmabgabe nicht gewährleistet war.<sup>13</sup> Auch besaßen die Wählerstimmen in ländlichen Regionen wegen des Zuschnitts der Wahlkreise ein größeres Gewicht als städtische Stimmen. Dennoch kann kein Zweifel bestehen, dass das Wahlrecht des Kaiserreichs insgesamt ein hohes Maß an demokratischer Partizipation ermöglichte. Vor allem dieses Wahlrecht bewog schließlich die beiden sozialistischen Parteien, Kandidaten für den Reichstag aufzustellen und am parlamentarischen Leben teilzunehmen.

### *Personelle Struktur*

Im Zeitraum von 1871 bis 1890 haben die sozialistischen Parteien bei Reichstagswahlen zwischen 312000 und 763000 Stimmen bzw. einen Stimmenanteil zwischen 6,8 und 10,1 Prozent erzielt. Damit erwarben sie insgesamt 88 Mandate, von denen 80 bei Haupt- und Stichwahlen sowie 8 weitere bei Nachwahlen errungen wurden. Nachdem Bebel die Sozialdemokratie während der ersten Wahlperiode allein vertreten musste, wuchs die Gruppe in der zweiten Wahlperiode auf neun Abgeordnete an. Mit Ausnahme der sechsten Periode, in der die Sozialdemokratie über 24 Mandate verfügte und damit erstmals »Fraktionsstärke« erreichte, schwankte die Abgeordnetenzahl zwischen neun und zwölf. Die Gesamtzahl von 88 Mandaten wurde von 40 Personen wahrgenommen.<sup>14</sup> Von ihnen waren 17, also knapp die Hälfte über den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV) in die vereinigte Partei gelangt, darunter so wichtige Männer wie Bracke, Hasenclever, Fritzsche und Frohme. Im Reichstag war der ADAV 1874/75 lediglich durch Hasenclever, Hasselmann und Reimer vertreten gewesen. Die Dauer der Parlamentszugehörigkeit der einzelnen Abgeordneten variierte stark. Während aller sieben behandelten Legislaturperioden gehörte lediglich Bebel dem

13 Margaret L. Anderson, *Practicing Democracy. Elections and Political Culture in Imperial Germany*, Princeton 2000; Robert Arsenschek, *Der Kampf um die Wahlfreiheit im Kaiserreich. Zur parlamentarischen Wahlprüfung und politischen Realität bei den Reichstagswahlen 1871–1914*, Düsseldorf 2001.

14 In alphabetischer Reihenfolge: Ignaz Auer, August Bebel, Wilhelm Blos, Wilhelm Bock, Wilhelm Bracke, Georg Adolf Demmler, Heinrich Dietz, Friedrich Wilhelm Fritzsche, Karl Frohme, August Geib, Bruno Geiser, Friedrich Geyer, Karl Grillenberger, Friedrich Harm, Georg Wilhelm Hartmann, Wilhelm Hasenclever, Wilhelm Hasselmann, August Heine, August Kapell, Max Kayser, Julius Kräcker, August Kühn, Wilhelm Liebknecht, Heinrich Meister, Johann Most, Julius Motteler, Wilhelm Pfannkuch, Otto Reimer, Klaas Peter Reinders, Moritz Rittinghausen, Hugo Rödiger, Adolf Sabor, Georg Schumacher, Paul Singer, Heinrich Stolle, Julius Vahlteich, Louis Viereck, Georg v. Vollmar, Philipp Wiemer. Biographische Daten nach Wilhelm Heinz Schröder, *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933. Biographien – Chronik – Wahldokumentation. Ein Handbuch*, Düsseldorf 1995.

Reichstag an, dessen Tätigkeit allerdings mehrmals durch längere Haftstrafen unterbrochen wurde. Auf sechs Perioden brachten es Hasenclever und Liebknecht, auf je drei Auer, Blos, Dietz, Frohme, Grillenberger und Kayser. Je 15 Abgeordnete gehörten dem Reichstag zwei oder eine Wahlperiode an.

*Tabelle: Die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1871–1887 (Zahlen nach Ritter/Niehus)*

Datum der RT-Wahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung in %	Kandidaturen	Stimmen in Mio.	Stimmen in %	Mandate Hauptwahl	Mandate in %	Stichwahl Zahl/Siege	Mandate Nachwahl
I. LP: 3. 3. 1871	7 656 273	51,0	80/382	0,124	3,2	2 (1)*	0,52	4/ 0	1***
II. LP: 10. 1. 1874	8 523 446	61,2	184/397	0,352	6,8	10 (9)**	2,26	11/ 1	
III. LP: 10. 1. 1877	8 943 028	60,6	181/397	0,493	9,1	12	3,02	19/ 3	
IV. LP: 30. 7. 1878	9 124 311	63,4	163/397	0,437	7,6	9	3,26	16/ 7	3
V. LP: 27. 10. 1881	9 090 381	56,3	153/397	0,312	6,1	12	3,02	22/12	1
VI. LP: 28. 10. 1884	9 383 974	60,6	225/397	0,550	9,7	24	6,04	24/15	1
VII. LP: 21. 2. 1887	9 769 802	77,5	268/397	0,763	10,1	11	2,77	18/5	2

\* Reinhold Schrapf, für die SDAP in Sachsen 18 gewählt, schließt sich im Reichstag der Volkspartei an.

\*\* Johann Jacoby, für die SDAP in Sachsen 13 im 2. Wahlgang gewählt, tritt das Mandat nicht an, die Nachwahl geht verloren.

\*\*\* Nachwahlen: I. LP Bebel (10.1.73), IV. LP Hasenclever (18.7.79), Auer (2.3.1880), Hartmann (27.4.80), V. LP Bebel (29.6.83), VI. LP Geyer (2.3.86), VII. LP Liebknecht (30.8.88), Kühn (25.1.89).

Überwiegend entstammten die Parlamentarier einfachen Familienverhältnissen. Die Mehrheit, insgesamt 22 Personen, verfügte über eine handwerkliche Ausbildung, einige von ihnen hatten es bis zur Selbständigkeit gebracht. Nur Fritzsche und Reimer hatten als ungelernete Zigarrenarbeiter begonnen. Geyer und Meister, gleichfalls Zigarrenarbeiter und später -händler, hatten langjährige Schulbesuche und abgebrochene Lehren hinter sich. Die Akademiker und Intellektuellen stellten in der Fraktion eindeutig die Minderheit dar. Einen Studienabschluss besaßen mit Demmler, Blos, Geiser, Liebknecht, Sabor und Viereck sechs Abgeordnete, während Hasselmann sein Chemie-Studium abgebrochen hatte. Büroberufe hatten ansonsten lediglich Geib und Kayser sowie Vollmar erlernt, der als Sohn eines geadelten Offiziers im bayerischen Staatsdienst gestanden hatte. Als finanziell unabhängige Kaufleute besaßen Bracke, Rittinghausen und Singer einen herausgehobenen Status. Ungeachtet der verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse und Bildungsgänge wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten in sozialer Hinsicht allerdings durch die Tatsache verbunden, dass der überwiegende Teil von ihnen nicht mehr in seinem ursprünglich erlernten Beruf arbeitete, sondern bei der Partei oder der Parteipresse angestellt war.<sup>15</sup> Gewerkschaftliche Interessen

15 Angaben bezogen auf die Gesamtfraktion nach W. H. Schröder, Sozialdemokratische Parlamentarier. 1874: 2 Selbständige, 7 »Arbeiterbeamte«; 1877: 1 Selbständiger, 1 Rentner, 10 »Arbeiterbeamte«; 1878: 2 Selbständige, 10 »Arbeiterbeamte«; 1881: 4 Selbständige, 9 »Arbeiterbeamte«; 1884: 10 Selbständige, 2 »bürgerliche Berufe«, 13 »Arbeiterbeamte«; 1887: 3 Selbständige, 2 »bürgerliche Berufe«, 8 »Arbeiterbeamte«. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch E. Matthias/E. Pikart, Reichstagsfraktion,

spielten in der Fraktion allerdings noch keine nennenswerte Rolle.

Das in der Reichsverfassung enthaltene Verbot von Diäten hatte wenig Einfluss auf die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Fraktion. Insofern erfüllte es den ihm von Bismarck zugedachten Zweck nicht. Der Reichskanzler hatte das Verbot als Gegengewicht gegen das allgemeine Wahlrecht durchgesetzt, da er hoffte, dass die Kandidatur zum Reichstag so nur für finanziell unabhängige Bürger möglich sein würde. Bis 1906 wies der Bundesrat die wiederholten Forderungen des Reichstags auf Einführung von Diäten zurück.<sup>16</sup> Außer Bracke, Singer und Rittinghausen waren alle sozialdemokratischen Abgeordneten auf Erwerbsarbeit angewiesen, die sich allerdings auf lange Sicht kaum mit der Ausübung eines Mandates vereinbaren ließ.<sup>17</sup> Um ihren Abgeordneten dennoch zu einem finanziellen Auskommen zu verhelfen, verfielen die Sozialisten auf zwei Auswege. Einmal bevorzugten sie bei der Kandidatenauswahl Personen, die als »Arbeiterbeamte« ihr Gehalt ohnehin von der Partei oder mit ihr verbundenen Zeitungen bezogen. Zum andern zahlte die Sozialdemokratie ihren MdR regelmäßige Aufwandsentschädigungen aus der Parteikasse. Der Gothaer Parteitag von 1876 bestimmte, dass jeder Abgeordnete, der zugleich Parteibeamter mit einem Gehalt von mehr als 100 Mark monatlich war, 6 Mark täglich (für in Berlin lebende 3 Mark) aus der Parteikasse erhalten sollte, während für Abgeordnete, die keine Parteibeamten waren, 9 Mark täglich vorgesehen waren.<sup>18</sup> Die Verweigerung der staatlichen Alimentierung der Reichstagsabgeordneten durch Bismarck führte somit zu einer Aufwertung der Parteiorganisation, indem sie die Abgeordneten finanziell von der Partei abhängig machte.

Betrachtet man das personelle Tableau insgesamt, so lässt sich feststellen, dass die sozialistischen Abgeordneten eine ausgesprochen heterogene Gruppe bildeten. Das gilt nicht nur für die Herkunft aus ideologisch unterschiedlich geprägten Gruppierungen wie dem ADAV und dem Vereinigten Deutschen Arbeiterverein, sondern auch für die erheblich divergierenden sozialen Hintergründe und Bildungsgeschichten. So ist es – auch mit Blick auf das eingangs vorgestellte Foto – bemerkenswert, dass mit fünf Abgeordneten (das entspricht 12,5 Prozent) eine starke Minderheit der Gesamtfraktion am Krieg gegen Frankreich 1870/71 teilgenommen

S. LI–LIIV, bei der Analyse der Fraktion von 1890. Für die Parteipresse vgl. auch Waltraud Sperlich, *Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867 bis 1918*, Düsseldorf 1983, S. 114–126.

- 16 Hermann Butzer, *Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes*, Düsseldorf 1999; Christian Jansen, *Selbstbewußtes oder gefügiges Parlament? Abgeordnetendiäten und Berufspolitiker in den deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 33–65. Jansen übertreibt die Bedeutung der Diätenfrage, wenn er sie als gleichrangig neben die parlamentarische Budgetkontrolle stellt.
- 17 Auch Bebel gab 1884 seinen Drechslerbetrieb auf; Dietz, der seinen Verlag weiterführte, wurde durch die Pendelei zwischen Berlin und Hamburg bzw. Stuttgart so sehr beansprucht, dass seine politische Stellung in der Fraktion darunter litt. Vgl. A. Graf, *Dietz*, S. 86 f.
- 18 Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 19. bis 23. August 1876, Berlin 1876, S. 102. Auch der ADAV hatte seine Abgeordneten finanziell unterstützt, vgl. Arno Herzig, *Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817–1893)*, Berlin 1979, S. 112 f.

men hatte. Man kann vermuten, dass die dort gemachten Erfahrungen ihr Verhältnis zum Staat beeinflussten; sie tendierten jedenfalls mehrheitlich zum gemäßigten Flügel der Partei.<sup>19</sup> Die unterschiedlichen Biographien führten zu Konflikten, die teilweise – wie im Falle von Hasselmann, Most und Viereck – bis zum Parteiausschluss eskalierten oder – wie bei Hartmann, Kapell und Rittinghausen – den Rückzug der Betroffenen aus der Parteiarbeit nach sich zogen. Verstärkt wurden die internen Spannungen vor allem seit den 1880er Jahren durch den Generationsunterschied, hinter dem sich weniger gravierende Altersabweichungen als unterschiedliche politische Sozialisationen verbargen, indem die »Alten« durch die Konflikte des Reichsgründungsjahrzehntes geprägt waren, während die »Jungen« das Reich als Ausgangspunkt ihrer politischen Betätigung bereits vorfanden.<sup>20</sup> Schon die biographische Struktur der Gesamtfraktion deutet darauf hin, dass die Haltung gegenüber dem Parlamentarismus nicht einheitlich sein konnte.

### Antiparlamentarische Reflexe und revolutionäre Rhetorik

Lassalle hatte zwar das allgemeine Wahlrecht zum Kampfmittel erhoben, eine eigene parlamentarische Strategie jedoch nicht formuliert. Der ADAV musste diese im Norddeutschen Reichstag aus der Praxis entwickeln. Dabei wurde die grundsätzlich staatsbejahende Tendenz der Lassalleaner wirksam. So versuchte Johann Baptist Schweitzer, den Norddeutschen Reichstag nicht nur als Agitationsbühne zu nutzen, sondern auch Einfluss auf die Gesetzgebung zu erlangen. Zu diesem Ziel bekannte sich nach der Reichsgründung auch sein Nachfolger Hasenclever. Dabei konnte er sich auf Petitionskampagnen stützen, die von den bezahlten Agitatoren der Partei organisiert wurden.<sup>21</sup> Schon mangels parlamentarischer Masse erwiesen sich diese Versuche jedoch als vergebliche Unterfangen. Ungleich kritischer gegenüber dem preußisch-deutschen Reich und seinen Institutionen waren die großdeutsch-föderalistisch geprägten Eisenacher. Allerdings entfaltete das Wahlrecht auch auf diese Gruppe seine Wirkung. Ungeachtet des fortdauernden Kriegszustandes beteiligte sie sich im März 1871 an den Wahlen zum ersten Reichstag. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts auch für die Vertretungskörperschaften der Einzelstaaten und der Kommunen gehörte seit dem Eisenacher Programm von 1869 zum Kernbestand sozialdemokratischer Forderungen, die 1875 auch von der vereinigten Partei übernommen wurden.<sup>22</sup>

19 Es handelt sich um Geiser, Kapell, Kühn, Viereck und Vollmar. Zur ambivalenten Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Krieg von 1870/71 vgl. Jürgen Rojahn, Arbeiterbewegung und Kriegsbegeisterung. Die deutsche Sozialdemokratie 1870–1914, in: Marcel van der Linden/Gottfried Mergner (Hrsg.), Kriegsbegeisterung und mentale Kriegsvorbereitung. Interdisziplinäre Studien, Berlin 1991, S. 57–71.

20 Im Vergleich zu den übrigen Fraktionen des Reichstags war die der Sozialdemokraten auffallend jung. Das Durchschnittsalter betrug 1874 38 Jahre, 1877 43 Jahre, 1878 37 Jahre, 1881 40 Jahre, 1884 39 Jahre und 1887 45 Jahre.

21 A. Herzig, Tölcke, S. 94–96.

22 Wortlaut der Programme in: Dieter Dowe/Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/Bonn 1973, S. 165–174.

Die Beteiligung beider Parteien an den Reichstagswahlen beinhaltete keineswegs ein prinzipielles Bekenntnis zum Parlamentarismus. In der Anfangszeit dominierte vielmehr eine Auffassung, die die Mitwirkung an der parlamentarischen Arbeit als Bestandteil einer revolutionären Strategie auffasste. Diese Strategie zielte nicht auf ein Hineinwachsen in das parlamentarische System, sondern »auf die Aushöhlung von dessen eigenen Grundlagen.«<sup>23</sup> So sah es am schärfsten Liebknecht. Auf dem Stuttgarter Parteitag von 1870 bezeichnete er den Reichstag als ein machtloses »Scheinparlament«, in dem lediglich »Komödie« gespielt werde. Er plädierte dafür, das Parlament als bloße Agitationsbühne zu nutzen: »Nicht zu dem Reichstag sollen unsre Abgeordneten sprechen, sondern über die Köpfe der Reichstags-Mitglieder hinweg zum Volke.«<sup>24</sup> Noch 1874 warnte Liebknecht davor, den »völlig machtlosen« Reichstag zum Hauptfeld der Tätigkeit zu machen. Vielmehr müsse die Sozialdemokratie das agitatorische Moment im Auge behalten und »im Parlament den Parlamentarismus ad absurdum reduzieren.«<sup>25</sup> Man nutzte die Gelegenheit, unter dem Schutz der parlamentarischen Redefreiheit Dinge zu äußern, die außerhalb des Reichstags unter Strafe standen. Zudem zielte die Taktik darauf ab, möglichst oft und an möglichst vielen Stellen des Gesetzgebungsprozesses das Wort zu ergreifen, um so vor der Öffentlichkeit den Standpunkt der sozialistischen Bewegung darlegen zu können. Die antiparlamentarische Grundtendenz zeigte sich auch darin, dass das Eisenacher Programm von 1869 sowie die nachfolgenden Parteitage sich für die Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk ausgesprochen hatten.<sup>26</sup>

Entsprechend ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zum politischen System des Kaiserreichs befließigten sich die Sozialisten im Reichstag wiederholt einer revolutionären Rhetorik. Schon in seiner ersten Rede im Reichstag, während der Grundrechtedebatte im April 1871, vertrat Bebel die auf Lassalle zurück gehende These, dass Rechtsfragen lediglich Machtfragen seien und folgerte, dass die Erörterung der Grundrechte nur dann lohne, wenn man bereit sei, diese mit Gewalt durchzusetzen.<sup>27</sup> Berühmt wurde vor allem seine Rede vom 25. Mai des Jahres, die sich gegen die Annexion Elsass-Lothringens richtete. Darin bekannte sich Bebel auch zur Pariser Kommune, deren Kampf nur ein Vorpostengefecht angesichts dessen sei, was Europa in den nächsten Jahrzehnten bevorstehe.<sup>28</sup> Zu Beginn der zweiten Wahlperiode verteidigte Hasselmann erneut seine »Parteigenossen« in der Kommune gegen »die Versailler Ausbeuter, gegen jene Ordnungsbanditen, welche noch nach drei Jahren Hinrichtungen

23 U. Mittmann, *Fraktion und Partei*, S. 49.

24 Protokoll über den ersten Congress der social-demokratischen Arbeiterpartei zu Stuttgart am 4., 5., 6. und 7. Juni 1870, Leipzig 1870, S. 14–17, Zitat S. 16. Generell auch die Broschüre Liebknechts: *Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie insbesondere mit Bezug auf den Reichstag*, Leipzig 1869.

25 Protokoll über den sechsten Congress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgehalten zu Coburg am 18., 19., 20. und 21. Juli 1874, Leipzig 1874, S. 31–35, Zitat S. 34.

26 Zur Rolle der direkten Gesetzgebung in der sozialdemokratischen Debatte vgl. E. Pracht, *Sozialdemokratie*, S. 153–164.

27 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, Berlin 1871ff.: RT I/1/10 (3. 4. 1871), S. 129 f.

28 RT I/1/43 (25. 5. 1871), S. 921 f.

vollziehen und im Blute schwelgen.«<sup>29</sup> Auch Georg von Vollmar erklärte in seiner ersten Reichstagsrede im Mai 1882, dass sich die Sozialdemokraten »im offenen Kriegszustande« mit den übrigen Parteien des Hauses befänden, und verbat sich deren Moral-, Friedlichkeits- und Gesetzlichkeitspredigten.<sup>30</sup> Einige Monate später bekannte er sich zu den russischen Nihilisten und versicherte ausdrücklich, dass er nicht parlamentarisch sei und »den Parlamentarismus lediglich als ein Mittel« zu anderen Zwecken betrachte.<sup>31</sup>

Die angeführten Beispiele ließen sich leicht vermehren, auch für die Zeit nach den beiden Kaiser-Attentaten und nach Inkrafttreten des Sozialistengesetzes. Allerdings verblieben die sozialdemokratischen Verbalradikalismen stets im Allgemeinen. Ihr zunehmend von Karl Marx beeinflusster »revolutionärer Attentismus« ließ Appelle zur Tat nicht zu. Wo die Grenze des Sagbaren lag, zeigte der Fall Hasselmanns, der sich im Mai 1880 im Reichstag zu den gewalttätigen russischen Anarchisten bekannte und prognostizierte, auch in Deutschland sei »die Zeit des parlamentarischen Schwätzens vorüber« und beginne »die Zeit der Taten.«<sup>32</sup> Hasselmann wurde wenig später aus der Partei ausgeschlossen, ebenso wie Johann Most, der aus dem Londoner Exil dem anarchistischen Terror das Wort redete.

## Wahlabsprachen und Stichwahlbündnisse

Eine der politischen Grundannahmen der Sozialdemokratie besagte, dass die Befreiung des Arbeiterstandes allein Sache der Arbeiterklasse selbst sein sollte. Die übrigen gesellschaftlichen Schichten galten nach dem Diktum Lassalles auch für die vereinigte Partei unterschiedslos als »reaktionäre Masse«. Entsprechend richteten die Sozialisten zunächst auch ihre Wahlkampfstrategie aus. Absprachen mit anderen, in diesem Falle linksbürgerlichen Parteien wurden grundsätzlich abgelehnt, obwohl das Mehrheitswahlsystem solche begrenzten Kooperationen auf Wahlkreisebene nahe legte.<sup>33</sup> Stattdessen stellte man unabhängig von den Erfolgsaussichten in möglichst vielen Wahlkreisen eigene Kandidaten auf. Primäres Ziel war es somit nicht, eine möglichst große Zahl von Mandaten zu gewinnen, sondern so viele Wählerstimmen wie möglich auf die Partei zu vereinigen.<sup>34</sup> Durch diese »Heerschauen« sollte die

29 Rede vom 19. 2. 1874 abgedruckt bei G. Bers, Hasselmann, S. 116–124. Zur Haltung der beiden sozialistischen Parteien zur Pariser Kommune vgl. Beatrix W. Bouvier, Französische Revolution und deutsche Arbeiterbewegung. Die Rezeption des revolutionären Frankreich in der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung von den 1830er Jahren bis 1905, Bonn 1982, S. 211–264.

30 Abgedruckt bei Georg v. Vollmar, Reden und Schriften zur Reformpolitik, hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1977. S. 103–111.

31 R. Jansen, Vollmar, S. 29

32 Rede vom 4. Mai abgedruckt bei G. Bers, Hasselmann, S. 153–158.

33 Als der sozialdemokratische Kandidat für Braunschweig, Wilhelm Bracke, 1873 einen »demokratischen Wahlverein« gründete, um auf diese Weise die Unterstützung linksbürgerlicher Wähler zu gewinnen, führte dies zu erheblichen innerparteilichen Konflikten. Vgl. Georg Eckert (Hrsg.), Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe, Braunschweig 1955.

34 Im Widerspruch dazu steht allerdings das Faktum, dass die Sozialdemokraten seit 1877 den Schwerpunkt ihrer Agitation auf erfolgversprechende Wahlkreise legten. Diese Wahlkreise wurden vom Parteitag als »offizielle Wahlkreise« ausgewiesen. Vgl. Protokoll Gotha 1876, S. 63–65.

Stärke der sozialdemokratischen Anhängerschaft öffentlich dokumentiert werden. Diese Strategie mag der Partei durch die Tatsache erleichtert worden sein, dass ihre wahltaktischen Möglichkeiten durch die äußeren Umstände ohnehin eng begrenzt waren. Die bürgerlichen Parteien scheuten davor zurück, offizielle Bündnisse mit den Sozialisten einzugehen. Sie wollten um keinen Preis in den Ruf geraten, »Reichsfeinde« politisch zu unterstützen. Symptomatisch und von der Sozialdemokratie propagandistisch ausgeschlachtet war das Verhalten Eugen Richters, der 1878 seinen linksliberalen Parteifreunden in Erfurt riet, lieber für den konservativen Kandidaten als für den Sozialdemokraten Kapell zu stimmen.<sup>35</sup>

Ungeachtet ihrer koalitionsfeindlichen Grundhaltung erzielten die Sozialdemokraten bei Stichwahlen bemerkenswerte Erfolge, besonders während der Wahlen unter dem Sozialistengesetz. Bei der 1878er-Wahl gewannen sie sieben von neun Mandaten erst in der Stichwahl, in der Wahl von 1881 sämtliche 12 Mandate und 1884 immerhin 15 von 24 Mandaten. Diese Stichwahlerfolge beruhten jedoch nicht auf förmlichen Wahlabsprachen. In der Regel ergaben sie sich aus den spezifischen Konstellationen des Wahlkreises. So profitierte der sozialdemokratische Kandidat für den ersten Braunschweiger Wahlkreis, Wilhelm Blos, bei den Reichstagswahlen 1884 von den heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem freisinnigen und dem nationalliberalen Kandidaten. Die Schärfe des Wahlkampfes führte dazu, dass die im ersten Wahlgang unterlegenen Linksliberalen in der Stichwahl für den Sozialdemokraten votierten, der so erstmals den Braunschweiger Wahlkreis für seine Partei eroberte.<sup>36</sup> Und in den Wahlkreisen der rechtsrheinischen Industriegebiete um Elberfeld, Barmen und Solingen konnten die sozialdemokratischen Kandidaten wiederholt katholische Wählerstimmen auf sich ziehen, wenn ihre nationalliberalen oder konservativen Gegner als ausgewiesene »Kulturkämpfer« galten.<sup>37</sup>

Zwei Gründe vor allem waren es, die die Sozialdemokraten dazu brachten, ihre grundsätzliche Ablehnung von Wahlbündnissen zumindest aufzuweichen: einmal die Erkenntnis, dass ihre parlamentarische Existenz davon abhängig war, in Stichwahlen die Wähler anderer Kandidaten auf sich zu vereinigen, sodann die Möglichkeit, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen und konservativen Kandidaten durch ihre Stimmen dafür zu sorgen, dass der aus ihrer Sicht verständigere Bewerber gewählt wurde. Auf ihren Parteitagungen vermieden die Sozialisten deshalb allzu starre Festlegungen in der Bündnisfrage. So betonte Hasenclever auf dem Gothaer Parteitag von 1876 unter Berufung auf den Grundsatz der »reaktionären Masse« zwar die Ablehnung von formellen Stichwahlbündnissen. Auf der anderen Seite sollte »in einzel-

35 August Bebel, *Aus meinem Leben*, bearb. v. Ursula Herrmann, Berlin (Ost) 1988, S. 491; Wilhelm Blos, *Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten*, Bd. 1, München, München 1914, S. 237. Vgl. auch Alfred Milatz, *Wahldokumentation* (Manuskript im Besitz der KGParl, Bonn), Nr. 140.

36 Wilhelm Kulemann, *Politische Erinnerungen. Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte*, Berlin 1911, S. 36–38; Alfred Milatz, *Wahldokumentation*, Nr. 361 (Manuskript im Besitz der KGParl, Bonn).

37 Vgl. Wilhelm Bramann, *Die Reichstagswahlen im Wahlkreise Solingen 1867–1890*, Köln 1973, S. 36, 71 f.; Günther Bergmann, *Das Sozialistengesetz im rechtsrheinischen Industriegebiet. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung zwischen Staat und Sozialdemokratie in Wuppertal und im Bergischen Land 1878–1890*, Hannover 1970, S. 52 f, 85 f.

nen speziellen Fällen« die Unterstützung bürgerlicher Kandidaten aus praktischen Erwägungen möglich sein, wenn sie das allgemeine Wahlrecht befürworteten und gewisse sozialpolitische Grundsätze vertraten.<sup>38</sup> Größere Klarheit schuf erst das fünfköpfige Zentralwahlkomitee der Partei, das 1884 eingesetzt worden war. Das Komitee empfahl den Parteianhängern, anfallende Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten mit dem Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen zu entscheiden.<sup>39</sup> In diesem Sinne riet die Parteiführung z. B. anlässlich der Stichwahlen im zweiten Berliner Wahlkreis, die 1884 und 1887 zwischen Rudolf Virchow und dem Christlich-Sozialen Hofprediger Stöcker ausgetragen wurden, für den Fortschrittsmann zu stimmen.<sup>40</sup> Die Entscheidung, sich an den Reichstagswahlen zu beteiligen, hatte die Sozialisten somit beinahe zwangsläufig darauf verwiesen, in jedem Einzelfall eine Interessenabwägung vorzunehmen und für das jeweils kleinere Übel zu votieren. Die Wahrung der Interessen von Partei und Wählern ließ die prinzipielle Ablehnung auch kurzfristiger wahltaktischer Koalitionen mit bürgerlichen Parteien wenig sinnvoll erscheinen.

## Parlamentarische Mitarbeit

Auch in der praktischen Parlamentsarbeit geriet die prinzipielle Verweigerung der Kooperation mit linksbürgerlichen Kräften, die der Gothaer Parteitag 1877 noch einmal ausdrücklich bekräftigt hatte<sup>41</sup>, unter den Druck pragmatischer Bedürfnisse. Schon für das Einbringen selbständiger Anträge waren nach § 22 der Geschäftsordnung mindestens 15 Unterzeichner notwendig. Wollten die Sozialdemokraten parlamentarisches Profil zeigen, waren sie also darauf angewiesen, bei bürgerlichen Parteien Unterstützung für ihre Anträge zu finden. Dies gelang ihnen vor 1877 nur gelegentlich.<sup>42</sup> Eine grundlegende Verbesserung der Handlungsmöglichkeiten ergab sich erst, als die Sozialdemokraten bei der Reichstagswahl von 1884 24 Mandate und damit »Fraktionsstärke« erlangten. »Unsere Fraktion war nun zum ersten Mal stark genug, um selbständig auftreten zu können, und hatte nicht mehr nötig, bei den anderen Fraktionen Bittgänge um Unterschriften zu tun, wenn sie einen Initiativantrag einbringen wollte«, beschrieb Wilhelm Bloß die neue Lage.<sup>43</sup>

In der Geschäftsordnung des Reichstags waren »Fraktionen« nicht vorgesehen. Die Arbeitsfähigkeit des Plenums sollte stattdessen durch die so genannten Abteilungen garantiert wer-

38 Protokoll Gotha 1876, S. 4, 44, 56–59.

39 Aufruf abgedruckt bei I. Auer, Vor zehn Jahren, S. 134 f.

40 Alfred Milatz, Wahldokumentation, Nr. 32 (Manuskript im Besitz der KGParl, Bonn). Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Parteiorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung, München 1990, S. 219–258.

41 Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877, Hamburg 1877, S. 59 f.

42 Hasselmann etwa war es 1876 nicht gelungen, 15 Unterschriften für einen Antrag zur Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit zusammen zu bekommen: RT II/3/39 (27. 1. 1876), S. 949. Noch 1883 erging es Liebknecht ähnlich mit einer Interpellation betr. obrigkeitlicher Einmischungen in den Wahlkampf: RT V/2/102 (12. 6. 1883), S. 3008.

43 Wilhelm Bloß, Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten, Bd. 2, München 1919, S. 123.

den, das waren sieben nach dem Losverfahren gebildete Gremien ohne parteipolitische Anbindung. Ihnen bzw. ihren Vorsitzenden oblag es, gemeinsam mit dem Präsidium die inneren Angelegenheiten des Reichstags – von der Festsetzung der Tagesordnung bis zur Besetzung der Kommissionen – zu regeln. Von Anfang an wurden die Abteilungen jedoch von Fraktionen verdrängt, die als Zusammenschlüsse politisch Gleichgesinnter die tatsächlichen Machtverhältnisse im Reichstag widerspiegeln. Angelehnt an den bereits zitierten § 22 der Geschäftsordnung, entwickelte sich die gewohnheitsrechtliche Praxis, dass parlamentarische Gruppen von mindestens 15 Abgeordneten beim Präsidium ihre Konstituierung als »Fraktion« anzeigen konnten. Damit war neben der Möglichkeit der unabhängigen Antragstellung vor allem gewährleistet, dass man bei der Besetzung der Kommissionen und der Selbstverwaltungsgremien des Parlaments angemessen berücksichtigt wurde.<sup>44</sup>

Die Erlangung des Fraktionsstatus zwang die Sozialdemokraten, die Frage ihrer Beteiligung an der Kommissionsarbeit erneut zu überdenken. Das galt um so mehr, als aufgrund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse – die Konservativen und Nationalliberalen brachten es auf 157 Mandate, denen 216 der Linksliberalen, des Zentrums samt Welfen und der nationalen Minderheiten gegenüber standen – Konstellationen zumindest denkbar waren, in denen die 24 sozialdemokratischen das »Zünglein an der Waage«<sup>45</sup> spielen konnten. Generell bevorzugten die Sozialisten die parlamentarische Bühne des Plenums, weil sie von dort aus entsprechend des agitatorischen Grundzuges ihrer Politik die Öffentlichkeit erreichen konnten. Eine Beteiligung an den hinter verschlossenen Türen tagenden Kommissionen lohnte sich im Grunde nur, wenn man auch bereit war, an Gesetzesentwürfen mitzuarbeiten und in Sachfragen Kompromisse zu schließen. Vor 1884 war lediglich Motteler in eine Kommission gewählt worden, und zwar 1874 in die Spezialkommission zur Abänderung der Gewerbeordnung.<sup>46</sup> Dort blieb er allerdings schweigender Beobachter, der sich an der Formulierung der Gesetzestexte nicht beteiligte.<sup>47</sup>

In der ersten Fraktionssitzung nach Zusammentritt des Reichstags von 1884 stand das Thema der Kommissionsbeteiligung erneut auf der Tagesordnung. Die Sozialdemokraten verständigten sich darauf, vor allem solche Kommissionen zu beschicken, die für agitatorische Zwecke nutzbar waren, wie etwa die Petitions- oder die Wahlprüfungskommission. Dagegen sollte die Budgetkommission ignoriert werden, da man auch künftig die Haushaltsgesetze in toto ablehnen wollte.<sup>48</sup> Tatsächlich wurden Hasenclever in die Kommission für Geschäftsordnung, Kayser und Viereck in diejenige für Petitionen sowie Liebknecht und Singer in die-

44 Julius Hatschek, Das Parlamentsrecht des Deutschen Reiches. Im Auftrag des Deutschen Reichstages dargestellt, Berlin/Leipzig 1915 [Nachdruck Berlin/New York 1973], S. 230 f.; Kurt Perels, Das autonome Reichstagsrecht. Die Geschäftsordnung und Observanz des Reichstages in systematischer Darstellung, Berlin 1903, S. 20–23, 31–33.

45 Eduard Bernstein, Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928 [Nachdruck Berlin/Bonn 1978], S. 156.

46 Quelle: Nachtrag zu Hirth's Parlaments-Almanach, 10. Ausgabe, Februar 1874, Leipzig 1874.

47 Vgl. Eduard Bernstein, Parlamentarismus und Sozialdemokratie, Berlin 1906, S. 46.

48 Sozialdemokrat, Nr. 48, 27. 11. 1884.

jenige für Wahlprüfungen gewählt. Bebel und Dietz erhielten zusätzlich Sitze im Spezialausschuss zur Prüfung der Dampfersubventionsvorlage, Grillenberger saß im Ausschuss für Arbeiterschutz. Im Kartellreichstag von 1887 war es mit der Herrlichkeit schon wieder vorbei. Der Verlust des Fraktionsstatus hatte zur Folge, dass mit dem »Gemäßigten« Dietz nur ein einziger Sozialdemokrat in eine ständige Kommission gewählt wurde, nämlich in die Kommission für Petitionen.<sup>49</sup> In die Zukunft wies allerdings, dass Singer 1889 mit Unterstützung der Linksliberalen einen Sitz in der Spezialkommission zur Beratung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes erhielt. Elf Jahre zuvor war die bereits verabredete Wahl Bebels in dieselbe Kommission noch an Intrigen konservativer Abgeordneter gescheitert.<sup>50</sup>

In der politischen Strategie der Sozialdemokraten gewann neben der Agitation die Wahrung der sozialen Interessen ihrer Wählerschaft zunehmend an Bedeutung. Schon die Wahlkämpfe und Wahlaufufe waren nicht nur auf das sozialistische Fernziel gerichtet, sondern priesen die Sozialdemokratie als eine Partei an, die innerhalb des bestehenden Staates für die Linderung der Nöte der Arbeiterschaft kämpfte. Die Partei stellte sich nicht nur als kompromisslose Klassenpartei, sondern auch als »Partei des Volkes dar, die die konkreten Interessen der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung am besten vertreten« würde.<sup>51</sup> So nahm sie für sich in Anspruch, die soziale Frage zum »Mittel- und Angelpunkt« des politischen Lebens gemacht zu haben.<sup>52</sup> Die Frage der gestaltenden Mitwirkung gewann vor allem dann an Dringlichkeit, wenn die Interessen der sozialdemokratischen Wählerschaft unmittelbar berührt schienen. Sozialpolitische Fragen oder »bread and butter questions« waren es, bei denen die sozialdemokratischen Abgeordneten am häufigsten das Wort ergriffen. Den stark beachteten Auftakt bildete im April 1877 die Vorlage eines umfassenden Gesetzentwurfs zum Arbeiterschutz.<sup>53</sup>

Ein gutes Jahr später zog Hasselmann vor dem Reichstag bereits Bilanz und verkündete, die sozialdemokratische Fraktion sei »in durchaus positiver Weise für eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen eingetreten, z. B. für unbeschränktes Koalitionsrecht, für einen den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag, für Verbot der Sonntagsarbeit, für Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigender Frauenarbeit, für Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, für sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen, für Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von Arbeitern gewählte Beamte, für ein wirksames Haftpflichtgesetz, für Selbstverwaltung der Arbeiterhilfskassen usw. usw.«<sup>54</sup> Auch gegenüber den seit 1881 dem Reichstag vor-

49 Quelle: Georg Hirth, Deutscher Parlaments-Almanach, 15. Ausgabe, München/Leipzig 1884; Deutscher Parlaments-Almanach, 16. Ausgabe, München/Leipzig 1887.

50 A. Bebel, *Leben*, S. 500; [Julius Hölder,] *Das Tagebuch des Julius Hölder 1877–1880. Zum Zerfall des politischen Liberalismus in Württemberg und im Deutschen Reich*, hrsg. v. Dieter Langewiesche, Stuttgart 1977, S. 132 f.

51 G. A. Ritter, *Sozialdemokratie und Reichstagswahlen*, S. 127. Vgl. die Wahlaufufe in: *Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Tätigkeitsberichte und Wahlaufufe aus den Jahren 1871 bis 1893*, Berlin 1909 [Nachdruck Berlin (Ost) 1966], S. 185–283.

52 Aufruf vom September 1884, in: *Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag*, S. 245.

53 RT III/1 (1877), Drucksache 92.

54 RT IV/1/9 (10. 10. 1878), S. 147.

gelegten Gesetzentwürfen zur sozialen Sicherung verfolgte die Fraktion eine parlamentarische Strategie, die sorgfältig darauf abgestellt war, die Erwartungen der Arbeiterschaft nicht zu verprellen. So beschränkte man sich nicht auf eine bloße Zückweisung der Vorhaben, die neben ihrer sozialpolitischen Komponente ja stets auch ein auf die Zerstörung der Sozialdemokratie gerichtetes Element beinhalteten, sondern verband deren Ablehnung mit detaillierter Kritik einzelner Bestimmungen und einer Vielzahl weitergehender Vorschläge. Auf diese Weise sollte ihre Bereitschaft zur »positiven Mitarbeit« untermauert werden.<sup>55</sup>

Durch die Absicht der Wahrung kurzfristiger Wählerinteressen geriet die Fraktion zusehends in Widerspruch mit dem Grundsatz der prinzipiellen Opposition gegenüber dem Klassenstaat. So war es etwa in der Kontroverse um Schutzzoll und Freihandel. Die sozialdemokratische Fraktion war zollpolitisch ohne klare Linie<sup>56</sup>, die Mehrheit hatte 1877 der Wiedereinführung der ausgelaufenen Eisenzölle zugestimmt, zwei Abgeordnete dagegen, und einige hatten sich enthalten.<sup>57</sup> In der berühmten Debatte um die Zolltarife im Mai 1879, die das Ende der liberalen Ära besiegelte, befürwortete Kayser sogar das Gesamtpaket Bismarcks als Mittel zum Schutz des nationalen Marktes und zur Linderung der Not der Arbeiter. Als Sprecher der Fraktion vertrat er diesen Standpunkt zum Entsetzen mancher Kollegen vor dem Reichstag.<sup>58</sup> Im August 1883 stimmte Rittinghausen im Alleingang dem deutsch-spanischen Handelsabkommen mit dem Argument zu, dieses diene dem »Interesse der deutschen Nationalarbeit«.<sup>59</sup> Das uneinheitliche Auftreten der Fraktion und vor allem die öffentliche Unterstützung der Politik Bismarcks führten zu heftiger Kritik aus den Reihen der Partei. Während im Falle Kayser der Wydener Parteitag ein förmliches Misstrauensvotum ablehnte<sup>60</sup>, eskalierte der Streit im Falle des greisen Rittinghausen bis zu dessen Parteiaustritt.<sup>61</sup>

Ließen sich diese Fälle als Fehlritte Einzelner relativ schnell in den Griff bekommen, so geriet die Partei über die Vorlage eines Gesetzes zur Subventionierung von »Postdampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern« Anfang 1885 in eine existenzielle Krise.<sup>62</sup>

55 Vgl. H.-P. Benöhr, *Soziale Frage*, bes. S. 134–150.

56 Der Gothaer Parteitag 1876 hatte eine Resolution beschlossen, wonach die Frage des Schutzzolls lediglich eine praktische sei und von Fall zu Fall entschieden werden müsse. Protokoll Gotha 1876, S. 89 f.

57 RT III/1/31 (27. 4. 1877), S. 838–840. Zur Diskussion auf dem Parteitag vgl. Protokoll Gotha 1877, S. 33–35.

58 Rede Kaysers RT IV/2/47 (17. 5. 1879), S. 1282. Allgemein E. Pracht, *Sozialdemokratie*, S. 197 f. Schon Anfang 1874 war es bei einem Antrag betreffend Einführung der zweijährigen Dienstzeit in der Armee zu einer uneinheitlichen Stimmabgabe gekommen. Vahlteich hatte sich für den Antrag ausgesprochen, Geib dagegen, Most und Motteler hatten sich enthalten. Dieses Desaster hing wohl auch damit zusammen, dass Bebel zu diesem Zeitpunkt noch im Gefängnis einsaß. Vgl. A. Bebel, *Leben*, S. 401.

59 RT V/3/5 (1. 9. 1883), S. 113.

60 Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz vom 20. bis 23. August 1880, Zürich 1880, S. 45 f.

61 G. Bergmann, *Sozialistengesetz*, S. 51.

62 V. Lidtke, *Outlawed Party*, S. 193–212; Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Frankfurt a. M. 1984 [zuerst Köln 1969], S. 239–257 (unter Auswertung der Kommissions-Protokolle); U. Mittmann, *Dampfersubventionsstreit*. Aufschlussreiche Briefe enthält: *Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei*. Briefe führender Arbeiterfunktionäre Dezember 1884 bis Juli 1885. red. v. Ursula Herrmann, Berlin (Ost) 1977.

Die Angelegenheit geriet zum »Testfall für die politische Haltung« der Partei überhaupt.<sup>63</sup> Die »gemäßigte« Mehrheit der Fraktion um Blos, Dietz, Frohme, Geiser, Grillenberger, Hasenclever, Kayser, Kräcker und Meister beabsichtigte, der Vorlage zuzustimmen, nicht zuletzt, um die Interessen der Hamburger und Bremer Arbeiter in Werften und Handelsunternehmen zu wahren. Die »Linken« um Bebel, Heine, Rödiger, Stolle und Vollmar waren strikt gegen die Unterstützung der Vorlage, die sie als Bestandteil der grundsätzlich bekämpften Kolonial- und Militärpolitik des Reiches begriffen. Indem der *Sozialdemokrat* unter der Verantwortung Vollmars von Zürich aus die Minderheit der Fraktion unterstützte, erfasste der Streit die gesamte Partei, die wenig Verständnis für die »kompromisslerische« Haltung der gemäßigten Fraktionsmehrheit aufbrachte. Die Bismarcksche Vorlage passierte den Reichstag schließlich ohne die Hilfe der Sozialdemokraten, die geschlossen dagegen votierten. Um den »Gemäßigten« eine Möglichkeit zu geben, ohne Gesichtsverlust ihre Position zu räumen, hatte Bebel in der Kommission einige unannehmbare Verbesserungsanträge gestellt, deren Zurückweisung durch die Mehrheit den Sozialdemokraten den Vorwand für die einhellige Ablehnung des gesamten Entwurfes lieferte. Damit war die Einheit der Partei zunächst gerettet, aber die integrations skeptische Fraktionslinke hatte einen vorläufigen Sieg davon getragen.

### Parlamentarier als Parteiführer

Der Streit um die Dampfersubvention hatte sich bis zu einer ernsthaften Parteikrise zugespitzt, weil er unübersehbar machte, wie weit die Mehrheit der Fraktion sich bereits in das parlamentarische System integriert und damit zugleich von der Parteibasis – nicht der Wählerschaft – entfernt hatte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten sich rasch zu den einflussreichsten Politikern der Partei entwickelt. Sie verwandelten die Bekanntheit, die ihnen durch die Wahlkämpfe und das öffentliche Forum des Reichstags zuwuchs, in persönliche Macht. Verstärkt wurde ihre Rolle durch das Sozialistengesetz. Während seiner Geltung übernahm die Fraktion als letztes legales Organ de facto die Leitung der Gesamtpartei.<sup>64</sup> Zudem war »das Reichstagsgebäude der einzige Platz in Deutschland, wo Sozialdemokraten unbehelligt von der Polizei zusammenkommen konnten« – und zwar in einem eigenen Fraktionszimmer, das die Reichstagsverwaltung spätestens seit 1877 zur Verfügung gestellt hatte.<sup>65</sup>

Auch die Parteipublizistik stellte die parlamentarische Tätigkeit in den Mittelpunkt. Neben den ausführlichen parlamentarischen Rechenschaftsberichten, die von Bebel verfasst wur-

63 So Bernstein an Engels, 15. 1. 1885, in: Eduard Bernstein. Briefwechsel mit Friedrich Engels, hrsg. v. Helmut Hirsch, Assen 1970, S. 317.

64 So trat am 19. August 1881 die Fraktion in Zürich zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, während der strategische und organisatorische Probleme der Gesamtpartei beraten wurde. Vgl. W. Blos, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 48; allgemein Thomas Nipperdey, *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961, S. 304–315.

65 W. Blos, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 35 (Zitat); zum Fraktionszimmer vgl. Protokoll Gotha 1877, S. 60; ferner W. Blos, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 1, S. 232.

den<sup>66</sup>, wurden auch die wichtigsten Reden Bebels und Liebknechts sowie einiger anderer Fraktionsmitglieder in selbständigen Broschüren veröffentlicht. Hinzu kam eine Vielzahl von Publikationen, die die parlamentarische Behandlung etwa der Sozialversicherungen oder des Sozialistengesetzes und seiner Verlängerungen dokumentierten.<sup>67</sup> Wenn die parlamentarischen Aktivitäten in der Parteipublizistik so herausgestellt wurden, war dies zu einem erheblichen Teil dem Umstand geschuldet, dass die wahrheitsgemäße Berichterstattung über die Reichstagsdebatten den besonderen Schutz der Verfassung genoss und durch das Sozialistengesetz nicht beeinträchtigt wurde. Den zeitweise erwogenen Plan, sämtliche von Sozialdemokraten gehaltene Reichstagsreden gesondert zu publizieren, ließ man jedoch fallen.<sup>68</sup>

Gegen die Dominanz der Fraktion und den »Abgeordneten kultus« machte sich an der Parteibasis allmählich Widerstand bemerkbar. Der Parteitag beklagte bereits 1877, dass vor allem die prominenten Parlamentarier als Redner in Arbeiterversammlungen eingeladen wurden; sie sahen darin eine Diskriminierung der Parteimitglieder ohne Mandat.<sup>69</sup> Auch die Mehrfachkandidaturen der Parteiprominenz, die Bebel auf einen Mangel an geeigneten Kandidaten zurückführte, wurden in der Partei als Anmaßung wahrgenommen. Bei der Auswahl der Kandidaten wurde die verstärkte Beteiligung der Wahlkreise eingefordert.<sup>70</sup> Der Parteitag von Kopenhagen legte daher fest, dass die Kandidatenaufstellung künftig auf dem Wege von Territorial-Konferenzen unter Einbeziehung der Parteimitglieder in den Wahlkreisen zu erfolgen habe. Bei bloßen Zählkandidaturen sollten zudem nicht in erster Linie die Parteiprominenz, sondern weniger bekannte, dafür im Wahlkreis eingeführte Personen berücksichtigt werden.<sup>71</sup>

Ein weiteres Mittel, mit dem die Parteibasis ihre Position gegenüber der Fraktion festigen wollte, bestand in dem Versuch, das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten verbindlich an die Parteibeschlüsse zu koppeln. In dem Plädoyer für das imperative Mandat kam nicht nur eine verbreitete antiparlamentarische Grundströmung in der Partei zum Ausdruck, sondern auch das Misstrauen der Parteibasis gegenüber den populären Parlamentariern. Als der Gothaer Parteitag 1876 entschied, dass die Fraktion im Reichstag entsprechend den Beschlüssen der Partei zu stimmen hätte, gab es zahlreiche Enthaltungen, darunter die meisten Mitglieder des Reichstags. Sie gaben zu Protokoll, dass die Abgeordneten so in eine Lage kommen könnten, in der sie nach Beschluss handeln müssten, obwohl dieser »taktisch und prinzipiell von Uebel« sein könne.<sup>72</sup> Unter den Reichstagsabgeordneten war Vollmar der

66 Zusammengefasst in: Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag.

67 Auf Einzelnachweise wird hier verzichtet. Dutzende solcher Broschüren aus dem Untersuchungszeitraum befinden sich im Besitz des Archivs der sozialen Demokratie, Bonn.

68 Vgl. die Briefe von Liebknecht an Vollmar, 20.4.1877, und Vollmar an Liebknecht, o. D. (1877), in: Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten, Bd. 1. hrsg. v. Georg Eckert, Assen 1973, S. 726 f.; Protokoll Gotha 1877, S. 35 f., 61–63.

69 Protokoll Gotha 1877, S. 41.

70 T. Nipperdey, Organisation, Düsseldorf 1961, S. 305.

71 Protokoll über den Kongress der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883, Hottingen-Zürich 1883, S. 20.

72 Protokoll Gotha 1876, S. 33. Für den Antrag stimmten nur drei Mitglieder des Reichstags: die ehemaligen ADAVler Hasenclever, Hasselmann und Reimer.

letzte, der 1885 – noch ganz unter dem Eindruck des Dampfersubventionsstreits – für das imperative Mandat plädierte.<sup>73</sup>

Die verschärfte Anwendung des Sozialistengesetzes nach 1886, die mit einer weiteren Repressionswelle einherging, sowie der nationalistisch aufgeheizte »Kartellwahlkampf« trugen zur Entspannung der innerparteilichen Situation bei. Unter diesen Bedingungen verhielt sich der entstehende reformistische Flügel zurückhaltend. »Positive Mitarbeit« war nicht gefragt. Bebel stieß beim Parteitag von St. Gallen 1887 auf wenig Widerspruch, als er vor der Illusion warnte, man könne den Sozialismus auf parlamentarischem Wege erreichen.<sup>74</sup> Zwar stellten die Pläne zur Einführung einer Alters- und Invaliditätsversicherung die Sozialdemokraten schon Anfang 1889 erneut vor die Notwendigkeit, ihr Verhältnis zum Bismarck-Staat zu überprüfen. Die Ablehnung der Gesetzesvorlagen vollzog sich jedoch ohne innerparteilichen Streit, nachdem eine Vielzahl sozialdemokratischer Verbesserungsanträge zurück gewiesen worden war. Dass die Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Revolutionären nach Auslaufen des Sozialistengesetzes erneut zunehmen würden, stand jedoch zu erwarten. Der Revisionismusstreit kündigte sich bereits an.

### III. Die Sozialisten in der Gemeinschaft der Abgeordneten

#### Sozialisten als Feindbild

Betrachtet man die parlamentarischen Strategien der Sozialdemokraten, so lässt sich eine schrittweise Integration vor allem der Fraktion in den politischen Betrieb beobachten, die sich allerdings nicht als linearer Prozess vollzog, sondern von Zweifeln und Rückschlägen geprägt blieb. Lässt sich eine ähnliche Tendenz des Hineinwachsens auch in Bezug auf die gesellschaftliche Rolle der sozialistischen Abgeordneten feststellen? Welches Bild die übrigen Parteien sich von den Sozialisten im Allgemeinen machten, zeigen in zugespitzter Weise die politischen Handbücher der Parteien, die seit den 1880er Jahren in Mode kamen. Gemeinsam war diesen die grundsätzliche Ablehnung der Sozialdemokraten, die als eine Bedrohung des bestehenden Staates angesehen wurde. Durchweg verurteilten sie den agitatorischen Zug der sozialdemokratischen Parlamentspolitik, die nicht auf sachliche Mitarbeit, sondern auf bloße Demagogie ziele. Im Einzelnen setzten die Handbücher den Schwerpunkt ihrer Kritik jedoch je nach ideologischem Standpunkt anders. Das *Konservative Handbuch* hielt den Sozialdemokraten neben der »mechanischen, sozialen Gleichmacherei« insbesondere vor, dass sie »Religion, Monarchie, Ehe, Familie, Eigentum als überlebte Einrichtungen« verspotteten und die Massen irre leiteten. Vor diesem Hintergrund wurden allen rechtlichen Diskri-

73 Offener Brief im »Sozialdemokraten«, Nr. 25, 18. 6. 1885, abgedruckt in: G. v. Vollmar, Reden und Schriften, S. 98–100. Allgemein zum ambivalenten Mandatsverständnis der Sozialdemokraten vgl. E. Pracht, Sozialdemokratie, S. 140–153.

74 Verhandlungen des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen abgehalten vom 2. bis 6. Oktober 1887, Hottingen-Zürich 1887, S. 12 f.

minierungen der Sozialdemokraten nur als legitime Abwehrmittel gewertet, gewissermaßen als das Minimum dessen, was der Staat zu tun habe.<sup>75</sup>

Auch das *Politische Handbuch für Nationalliberale Wähler* zeichnete ein düsteres Bild, in dem das Sozialistengesetz als gebotene Abwehr erschien. Hier dominierte die Warnung vor der vaterländischen Unzuverlässigkeit. Als »vollendete Vaterlands- und Gewissenslosigkeit« wurde vermerkt, dass die Sozialisten zwar stets an der Seite der Polen, Welfen und Dänen stimmten, aber die Militärgesetze und jede Einrichtung zum Schutz und Ausbau des Reiches verwarfen.<sup>76</sup> Im linksliberalen, von Eugen Richter geprägten *Politischen ABC-Buch* stand die Bedrohung des Eigentumsrechts als der Grundlage der bürgerlich-liberalen Gesellschaft im Zentrum. Das Handbuch malte ein Schreckensszenario des sozialistischen Zukunftsstaates, in dem das Erbrecht abgeschafft und allgemeine Arbeitspflicht auch für Frauen bestehen würde. Diese »Sklaverei des Einzelnen« würde das Familienleben zerstören und den Lebensgenuss der Menschen auf das denkbar geringste Maß herabsinken lassen. Hauptsächlich warf das Handbuch den Sozialisten vor, durch ihre bloße Existenz das liberale Bürgertum geschwächt und gespalten zu haben.<sup>77</sup> Die Zentrumsparterie, die ohne ein politisches Handbuch auskam, beurteilte die Sozialisten nicht wesentlich anders als die Konservativen, nämlich als Bedrohung der gottgewollten Ordnung. Sensibilisiert durch eigene Erfahrungen, lehnte sie aber Ausnahmegesetze gegen die Sozialisten ab. Der Sozialismus erschien ihr als das folgerichtige Ergebnis des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Laisser-faire der Liberalen, gegen die sie ihre Angriffe vornehmlich richtete.<sup>78</sup>

Ungeachtet der teils dramatischen Formulierungen in den Politischen Handbüchern kann von einer ernsthaften, handlungsleitenden Revolutionsfurcht der Konservativen und des liberalen Bürgertums während der gesamten Bismarck-Ära keine Rede sein. Es gab keine revolutionäre Situation. Auf Bebels Kommune-Rede hatte Johannes Miquel 1871 bloß geantwortet, diese Herren seien noch wenig gefährlich, wenigstens in Deutschland, und man habe Zeit, sich später mit ihnen zu beschäftigen. Bismarck hielt eine Reaktion für überflüssig.<sup>79</sup> Und Hasselmanns Gewalt-Rede vom Mai 1880, mit der er seinen Ausschluss aus der Partei

75 Artikel »Sozialdemokratie, Sozialistengesetz« in: *Konservatives Handbuch*, hrsg. unter Mitwirkung der parlamentarischen Vertretung der konservativen Parteien, Berlin 1892, S. 291–307. Vgl. auch Kathrin Roller, Die »rote Gefahr«. Das Feindbild »Sozialdemokratie« der Konservativen im frühen Kaiserreich, in: Christoph Jahr/Uwe Mai/Kathrin Roller (Hrsg.), *Feindbilder in der deutschen Geschichte. Studien zur Vorurteilsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*, Berlin 1994, S. 81–114.

76 Artikel »Sozialdemokratie«, in: *Politisches Handbuch für nationalliberale Wähler*, hrsg. v. Mitgliedern der nationalliberalen Partei, Berlin <sup>2</sup>1907, S. 539–553.

77 Artikel »Sozialismus, Sozialisten«, in: *Politisches ABC-Buch. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen*, Berlin <sup>8</sup>1896, S. 373–386. Ausführlicher Eugen Richter, *Die Irrlehren der Sozialdemokratie*, Berlin 1890.

78 Als eindringliche, beliebig vermehrbare Beispiele mögen die Wahlaufufe der Zentrumsfraktion des Reichstags vom 30. 7. 1878 und vom 27. 10. 1881 dienen. Abgedruckt bei Herbert Lepper (Bearb.), *Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufufe, Aufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumsparterie*, Düsseldorf 1998, S. 194–196, 213 f.

79 RT I/1/43 (25. 5. 1871), S. 921 f.

provozierte, löste zwar zunächst Unruhe im Plenum aus, aber am Ende verzeichnet das Protokoll »Hört! Hört! Lachen.«<sup>80</sup> Die viel beschworene sozialistische Gefahr bezog sich nicht auf einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz, sondern auf das allmähliche Anwachsen der sozialistischen Bewegung zu einem nicht mehr kontrollierbaren Massenphänomen. Insofern richteten sich die Sozialistengesetze nicht gegen einen Systemumsturz, sondern sie zielten im Gegenteil darauf ab, die auf lange Sicht befürchtete *systemkonforme* Machtübernahme durch die Sozialdemokraten zu behindern. In der unmittelbaren Gegenwart existierte allenfalls Furcht vor politisch begründeten Gewalttaten, besonders nach den beiden Attentaten auf Wilhelm I. im Jahr 1878. Diese Furcht machte auch vor dem Reichstag nicht halt. Im Februar 1884 informierte dessen Präsident von Levetzow das Reichsamt des Innern über ein in Berlin aufgegebenes anonymes Schreiben, wonach angeblich Nihilisten ein Attentat im Reichstag planten und Gefahr für Leib und Leben der Minister bestünde. Man nahm die Drohungen so ernst, dass vorsorglich der polizeiliche Schutz des Reichstags verstärkt wurde.<sup>81</sup>

## Rechtliche Diskriminierung

Nach der Reichsgründung waren die sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin völlig isoliert. Die meiste Zeit der ersten Wahlperiode saß ihr einziger Abgeordneter in der Festung Hubertusburg in Haft. Infolge einer während einer Reichstagsdebatte begangenen Majestätsbeleidigung wurde er 1873 zu neun weiteren Monaten Haft verurteilt und verlor sein Reichstagsmandat, das er jedoch bei der fälligen Nachwahl zurückeroberte.<sup>82</sup> Auch zu Beginn der zweiten Periode wurde Bebel, obwohl wiedergewählt, ebenso wenig frei gelassen wie die gleichfalls einsitzenden Most und Hasenclever. Im Reichstag selbst wurden die sozialdemokratischen Abgeordneten mit Feindseligkeit behandelt. Das zeigt auch die Anwendung des parlamentarischen Ordnungsrechts. So wurde auf Veranlassung des Reichstagspräsidenten Simson bereits im November 1871 die härteste Sanktion, die die Geschäftsordnung des Reichstags kannte, gegen Bebel verhängt: der Entzug des Wortes durch Mehrheitsbeschluss des Plenums. Provoziert wurde diese Maßnahme, die nur ein weiteres Mal – nämlich 1879 gegen einen Zentrumsabgeordneten – verhängt wurde, dadurch, dass Bebel die Reichsverfassung wiederholt als scheinverfassungsmäßig und cäsaristisch bezeichnet hatte.<sup>83</sup> Auch die durch das Reichstagspräsidium ausgesprochenen Ordnungsrufe richteten sich vornehmlich gegen sozialdemokratische Redner: zwischen 1871 und 1890 ergingen insgesamt 141 solcher

80 Rede abgedruckt bei G. Bers, Hasselmann, S. 153–158.

81 Bundesarchiv, R 1501, Nr. 14527, Bl. 33–37.

82 A. Bebel, Leben, S. 418 f., 477.

83 RT I/2/17 (8. 11. 1871), S. 183–185, RT I/2/18 (9. 11. 1871), S. 205; ferner A. Bebel, Leben, S. 350 f.; sowie die Schilderung des damaligen Vizepräsidenten des Reichstags Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1906, S. 74 f. Zum parlamentarischen Ordnungsrecht derzeit am besten H.-P. Goldberg, Bismarck und seine Gegner, S. 74–92.

Rufe.<sup>84</sup> Davon fielen 81 auf 16 Sozialdemokraten, wobei Liebknecht mit 13 Tadeln die Spitzenstellung einnahm, gefolgt von Bebel mit 12 sowie Frohme und Singer mit je 8. Dass dabei nicht immer mit gleicher Elle gemessen wurde, zeigte sich, als bei der Beratung des Sozialistengesetzes Bismarck die Sozialdemokraten in die Nähe von Banditen rückte und der Konservative Kleist-Retzow sie als Hochverräter bezeichnete. Auf Bebels Ersuchen, diese Redner mit einem Ordnungsruf zu belegen, ging der Reichstagspräsident nicht ein.<sup>85</sup>

Hinzu kamen Versuche, die parlamentarische Redefreiheit der Sozialdemokraten einzuschränken. Damit sollte deren Strategie durchkreuzt werden, den Reichstag als Agitationsbühne zu benutzen. Das am häufigsten angewandte Mittel bestand darin, den Schluss der Debatte zu beantragen, sobald ein Sozialist das Wort ergriff. In der parlamentarischen Umgangssprache hatte sich dafür der Begriff des »Valentinierens« eingebürgert, benannt nach dem nationalliberalen Abgeordneten Hermann Valentin, der – ohne jemals in eine Sachdebatte einzugreifen – auf informellen Wink des Reichstagspräsidenten den Schlussantrag stellte.<sup>86</sup> Bebel behauptet in seinen Erinnerungen, dem Bureau hätten Schlussanträge Valentins auf Vorrat vorgelegen.<sup>87</sup> Ein weiteres Mittel zur Verhinderung sozialistischer Agitation im Reichstag ergab sich aus der Tatsache, dass die parlamentarische Debatte nicht durch eine Rednerliste geregelt wurde, sondern der Präsident das Wort nach Reihenfolge des Handzeichens erteilte.<sup>88</sup> Dieses Verfahren erforderte ein hohes Maß von Objektivität, über das zumindest die liberalen Präsidenten nach verbreitetem Urteil nicht verfügt haben. Insbesondere Forckenbeck galt als »der parteiischste Präsident«, den der Parteitag je gehabt habe.<sup>89</sup>

Die Wirkungen bekam auch der Abgeordnete Most zu spüren, der allerdings ohne Zweifel ein hemmungsloser Agitator war. Während seiner ersten Mandatsperiode kam er nur ein Mal zu Wort, obwohl er sich beinahe täglich gemeldet hatte. Er wurde vom Präsidenten ignoriert. Die Sozialdemokraten vermuteten einen Racheakt Forckenbecks für einen Artikel in der Chemnitzer Zeitung, in dem Most dem Reichstag den »Kampf bis ans Messer« angesagt hatte.<sup>90</sup> Wenn ein Redner der Partei dennoch das Wort erhalten und die Tribüne betreten hatte, erging es ihm oft nicht besser. Minister und Abgeordnete verließen den Saal, oder es herrschte allgemeine Unruhe. Auf die Argumente der Sozialdemokraten gingen die Redner der anderen Parteien nicht ein. Jahre später noch berichtete ein Reichstagsabgeordneter im »Sozial-

84 Ermittelt nach dem Generalregister zu den stenographischen Berichten über die Verhandlungen und amtlichen Drucksachen des konstituierenden Reichstages, des Reichstages des Norddeutschen Bundes, des deutschen Zollparlaments und des Deutschen Reichstages vom Jahre 1867 bis einschließlich der am 24. Mai 1895 geschlossenen 3. Session 1894/95, hrsg. v. Reichstagsbureau, Berlin 1896, S. 10–13.

85 RT IV/1/5 (17. 9. 1878), S. 66–77; vgl. A. Bebel, *Leben*, S. 499.

86 E. Pracht, *Sozialdemokratie*, S. 43–49.

87 A. Bebel, *Leben*, S. 400; Ähnlich John Most, *Memoiren. Erlebtes, Erforschtes und Erdachtes*, Bd. 3, New York 1903 [Nachdruck 1978], S. 38.

88 K. Perels, *Reichstagsrecht*, S. 92–94.

89 A. Bebel, *Leben*, S. 399 f., 567 f.; W. Bloss, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 1, S. 230 f. Auch einige Nationalliberale sahen das ähnlich: »Namentlich klagten die Mitglieder der eigenen Partei, die den rechten Flügel bildeten, dass Forckenbeck die nach links neigenden Nationalliberalen begünstige und jene hintansetze.« Vgl. Otto Elben, *Lebenserinnerungen 1823–1899*, Stuttgart 1931, S. 181.

90 J. Most, *Memoiren*, S. 34, 37 f., 43; R. Rucker, *Most*, S. 38–41.

demokraten« über »rücksichtsloses Lautschwätzen, wieherndes Gelächter, Poltern und Trampeln, erheuchelte ›Entrüstungs‹-Rufe, Zischen, Unterbrechungen aller Art und natürlichst klingende thierische Laute jeder Gattung«. <sup>91</sup>

Der Außenseiterstatus der Sozialdemokraten wurde entscheidend durch die polizeiliche Überwachung und strafrechtliche Verfolgung verfestigt, die schon seit Beginn der Ära Tesendorff 1874 in Preußen an der Tagesordnung waren und unter dem Sozialistengesetz eine erhebliche Verschärfung und reichsweite Ausdehnung erfuhren. Zur alltäglichen Erfahrung der sozialdemokratischen Abgeordneten gehörte, dass jeder von ihnen bei seiner Ankunft in Berlin von ein oder zwei Spitzeln empfangen wurde. Diese so genannten »Groschenjungen« folgten den Abgeordneten auf Schritt und Tritt, beobachteten ihre politischen Aktivitäten und ihr Privatleben. Dabei gaben sie sich wenig Mühe, unauffällig zu bleiben, und gelegentlich kam es zu Prügeleien mit den Observierten. Karl Frohme z. B. erzählt in seinen Erinnerungen eindrücklich von diesen Erfahrungen. <sup>92</sup> Er weist allerdings auch auf die Grenze hin, die es für diesen Typus des »Leibspitzels« gab: »Vor der Tür des Reichstags [...] musste er haltmachen. Da gab es für ihn keinen Einlass.«

Allerdings waren die sozialistischen Abgeordneten auch innerhalb dieses Hauses nicht sicher davor, bespitzelt zu werden: »Wir konnten öfters feststellen« – so Frohme –, »dass ›Ehrenmänner, die nicht zu unserer Leibspitzelschaft zählten, sich harmlos im Foyer bewegten, wo wir häufig uns aufhielten und Besuche von Freunden und Genossen empfangen.« Frohme vermutete, dass die Spitzel sogar versucht hätten, Bedienstete des Hauses zu bestechen, um die geheime Überwachung der Sozialdemokraten im Parlament zu sichern. Auch nach der Erinnerung von Wilhelm Blos schlichen die zivilen Polizeispitzel »auf den Korridoren und lauschten an den Türen der Fraktionszimmer. Auf den Tribünen saßen sie als Zuhörer oder ›Journalisten‹«. <sup>93</sup> Die Sozialdemokraten versuchten sich gelegentlich durch die Enttarnung ihrer Verfolger zu wehren. Als Liebknecht während einer Debatte die anwesenden Spitzel auf der Tribüne identifizierte, verließen diese fluchtartig den Raum. <sup>94</sup> In einem anderen Fall ließ nach der Erinnerung von Blos der Parlamentspräsident von Levetzow »die Spitzelgesellschaft hinauswerfen«. Einmal, vor dem Reichstagsgebäude, packte sich Frohme einen besonders aufdringlichen Bewacher und lieferte ihn bei den Polizisten ab, die das Portal des Reichstags bewachten. Der Präsident des Reichstags bedauerte den Vorfall und versprach Abhilfe, ohne dass sich wesentliches änderte.

Zu der diskriminierenden Erfahrung der Bespitzelung trat das Bewusstsein, permanent von der Verhaftung bedroht zu sein. Zwischen 1871 und 1890 wurden insgesamt mehr als 40 Strafverfahren gegen sozialdemokratische Abgeordnete des Reichstags eingeleitet. <sup>95</sup> Ein großer Teil der so-

91 Sozialdemokrat, Nr. 30, 20. 7. 1882.

92 Karl Frohme, Politische Polizei und Justiz im monarchischen Deutschland. Erinnerungen, Hamburg 1926, S. 24 f., 28 f.; weitere Beispiele bei A. Bebel, Leben, S. 571–582; W. Blos, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 35 f.; Wilhelm Bock, Im Dienste der Freiheit. Freud und Leid aus sechs Jahrzehnten Kampf und Aufstieg, Berlin 1927, S. 47.

93 W. Blos, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 87 f.

94 So Liebknecht RT IV/2/21 (17. 3. 1876).

95 Verzeichnis der vom Reichstag behandelten Fälle im Generalregister Reichstag, S. 12–16.

zialdemokratischen Mitglieder des Reichstags (mindestens 15 von 40) machte während der 1870er und 1880er Jahre Bekanntschaft mit dem Gefängnis.<sup>96</sup> An erster Stelle natürlich Bebel und Liebknecht, die von 1872–74 eine zweijährige Haftstrafe wegen Hochverrat abzubüßen hatten. Meist waren jedoch Pressvergehen die Ursache. Als tiefer Einschnitt wurden die Verurteilungen empfunden, die ein sächsisches Gericht 1886 wegen der Beteiligung an Versammlungen verbotener Vereine aussprach: unter diesen als »Geheim-bündelei« bezeichneten Tatbestand rechnete das Gericht die Teilnahme am sozialdemokratischen Auslandsparteitag in Kopenhagen im März 1883. Auf einen Schlag wurden sechs Reichstagsabgeordnete zu Strafen zwischen sechs und neun Monaten verurteilt, die sie nach Ablauf der Session antreten mussten. Vollmar, der als Redakteur des Vorwärts in Zürich arbeitete, konnte sich nur während der Sessionen in Deutschland aufhalten.<sup>97</sup> Die strafrechtliche Verfolgung mit ihren politischen, publizistischen und atmosphärischen Begleitumständen umgab die sozialdemokratischen Abgeordneten mit einer Aura des Gefährlichen, die eine nahezu unüberwindliche Mauer zwischen ihnen und den übrigen Abgeordneten errichtete.<sup>98</sup>

Auch wenn die Mehrheit des Reichstags 1878 dem unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten zumindest fragwürdigen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zugestimmt und seine Geltung bis 1890 gewährleistet hatte, gab es für das Parlament dennoch Grenzen, die es dem Einsatz staatlicher Machtmittel setzte. Der Reichstag tat das weniger, um die Sozialisten zu schützen. Vielmehr ging es ihm darum, seine eigene Rechtsposition gegenüber Regierung und Bürokratie zu wahren. Dahinter verbarg sich ein erhebliches Misstrauen gegenüber Bismarck, dem viele Abgeordnete ohne weiteres zutrauten, bei Bedarf die Waffe der Staatsmacht gegen liberale Parlamentsmehrheiten zu richten. So wies der Reichstag das wiederholte Ersuchen der Reichsleitung, während der Dauer der Session gegen sozialdemokratische Abgeordnete strafrechtlich vorgehen zu dürfen, stets zurück.<sup>99</sup> Denn die Genehmigung im Einzelfall hätte zugleich die Immunität der übrigen Abgeordneten gefährdet. Damit war die verfassungsrechtliche Stellung des Reichstags berührt, und dafür besaßen die Abgeordneten durchaus Gespür. Aus denselben Gründen verurteilte der Reichstag auch die Verhaftung sozialdemokratischer Abgeordneter während der laufenden Session, wie sie in den 1880er Jahren mehrfach vorkam.<sup>100</sup>

Ferner verwarf das Parlament den so genannten Maulkorbparagrafen, den Bismarck 1879 dem Reichstag vorgelegt hatte. Der Paragraph zielte darauf, die agitatorische Ausnutzung der sozialdemokratischen Parlamentsreden zu unterbinden, indem er die in Artikel 22 der Reichsverfassung garantierte Straffreiheit für wahrheitsgemäße Berichterstattung über parla-

96 Bebel, Bracke, Dietz, Frohme, Geyer, Heine, Kayser, Kräcker, Kühn, Liebknecht, Most, Rödiger, Vahlteich, Viereck und Vollmar.

97 R. Jansen, Vollmar, S. 27.

98 V. Lidtke, *Outlawed Party*, S. 248–254.

99 Eine Aufstellung über die beantragten Verfahren nach Art. 31 Reichsverfassung im Generalregister Reichstag, S. 18–20. Vgl. auch E. Pracht, *Sozialdemokratie*, S. 38–40, 293–297.

100 So wurde Dietz zwei Mal während laufenden Sessionen verhaftet: Anfang 1882 wegen Pressvergehen in Stuttgart sowie 1883 nach Rückkehr vom Parteitag in Kopenhagen (dergleichen Frohme und Vollmar). Aufstellung im Generalregister Reichstag, S. 16 f. Vgl. A. Graf, Dietz, S. 88–90, 93 f., 106–108, 110.

mentarische Vorgänge aufhob.<sup>101</sup> Auch verweigerte sich das Parlament den Versuchen der Behörden, durch exzessive Auslegung der Gesetze den Sozialdemokraten die Wahlkampf-führung unmöglich zu machen. So stellte der Reichstag 1883 durch eine Änderung der Gewerbeordnung sicher, dass im Wahlkampf verbreitete Stimmzettel nicht als Druckschriften im Sinne der Reichsgesetze – und damit des Sozialistengesetzes – zu betrachten seien.<sup>102</sup> Die Wahlprüfungskommission bestätigte 1884 zudem ausdrücklich, dass »die Anmeldung einer Wahlversammlung [...] an sich, auch selbst in der Verbindung mit der Ankündigung, dass in der Wahlversammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftreten werde«, kein Verbot der Versammlung begründe.<sup>103</sup> Die Grenzen, die der Reichstag hier den Behörden zog, machten die sozialdemokratischen Wahlerfolge unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes erst möglich. Insofern garantierte der Reichstag als Institution dasjenige Minimum an Rechtsstaatlichkeit, ohne das die sozialdemokratische Partei die Zeit des Sozialistengesetzes kaum überstanden hätte.

## Gesellschaftliche Isolation

Das Leben der Reichstagsabgeordneten bestand nicht nur aus Plenar-, Fraktions- und Kommissionssitzungen, sondern auch aus einer Vielzahl von persönlichen Begegnungen bei politischen Empfängen, privaten Kneipereien und gesellschaftlichen Anlässen aller Art. Welche Rolle spielten die sozialdemokratischen Abgeordneten in diesem hauptstädtischen Treiben? Zunächst gilt es festzustellen, dass die sozialdemokratischen Parlamentarier sparsam wirtschaften mussten. Die von der Partei gezahlten Diäten waren »sehr gering« und ließen ein aufwendiges Gesellschaftsleben nicht zu.<sup>104</sup> Das machte sich schon bei der Quartiersuche bemerkbar. Für die Dauer der Session mieteten die Abgeordneten sich entweder in preiswerten Privatzimmern ein oder stiegen in einfachen Hotels in der Nähe des Regierungsviertels ab.<sup>105</sup>

Bebel schilderte, dass die Abgeordneten in beiden Fällen aus der eigenen Kasse zusetzen mussten: »Im ersteren Falle müssten sie auch die Tage bezahlen, wo sie nicht anwesend seien, und da unter 10 Thaler monatlich in Berlin kein Zimmer zu bekommen wäre, so könnten sie ihr Logis nur auf 20 Groschen täglich veranschlagen. Dazu kommen nun Frühstück, Mit-

101 Vorlage: RT IV/2, Drucksache 15; Beratungen: RT IV/2/15 (4. 3. 1879), S. 248–278; RT IV/2/15 (5. 3. 1879), S. 279–297; RT IV/2/16 (7. 3. 1879), S. 318–326.

102 Vorlage: RT V/II, Drs. 66. In dritter Lesung angenommen RT V/II/43 (31. 1. 1883), S. 1189. Zum Vorgang G. Bergmann, Sozialistengesetz, S. 38.

103 Zitiert nach G. A. Ritter, Wahlrecht und Wählerschaft im Königreich Sachsen, S. 51.

104 Zitat nach W. Blos, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 230.

105 Dietz und Harm hatten 1889 im »Dessauer Hof« in der Krausenstr. 16 Quartier genommen, Frohme, Kräcker, Meister und Schumacher bewohnten Privatzimmer in der Fürbringer Str. 28. Vgl. das Verzeichniß der Bevollmächtigten zum Bundesrath sowie Alphabetisches Verzeichniß der Mitglieder des Reichstages mit angehängter Fraktionsliste, Berlin 1887. Geib und Most teilten sich 1874 ein Privatzimmer, Blos wohnte mal mit Grillenberger, mal mit Bracke in verschiedenen Privatunterkünften. Vgl. Geib an Jacoby, 1. 2. 1874, in: Edmund Silberner (Hrsg.), Johann Jacoby. Briefwechsel 1850–1877, Bonn 1978, S. 615; W. Blos, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 229.

tagsbrod, das die Vertreter auch nicht in jeder beliebigen Restauration bekommen könnten, da die Sitzungen vor 4 oder 5 Uhr nie aus seien, ferner Abendbrod, und so mancherlei andere Ausgaben. Käme ein Vertreter selten nach Berlin, so käme er noch schlechter weg, denn ein Hotelquartier sei unter 2 Mark unmöglich, und dazu kämen noch die Trinkgelder und der theure Kaffee. – Er mache wenig Ansprüche, aber er habe genau über seine Ausgaben Buch geführt, und gefunden, dass ihm, wenn er Kleidung und Wäsche rechne, von den 9 Mark, die er als Nichtbeamter der Partei für den Tag, den er dort sei, beziehe, Nichts übrig bleibe. Er halte auch die 3 Mark, welche die in Berlin wohnenden Beamten bezögen, für nicht zu hoch. Dieselben müssten häufig anderswo und zwar theuer essen; in ihrer Anstellung als Beamte seien sie zur Ausübung ihrer Thätigkeit verpflichtet und wären häufig genöthigt bei den großen Entfernungen in Berlin mit der Droschke zu fahren, um rechtzeitig am Platze zu sein.«<sup>106</sup> Auch die Restauration des Reichstags war für die Sozialdemokraten recht teuer. Das übliche Menü kostete eine Mark, einfache Gerichte wie Linsensuppe mit Bratwurst, warme Würstchen oder Königsberger Klopse mit Kapern kamen auf die Hälfte. Die ärmeren oder besonders sparsamen Parlamentarier aßen deshalb häufig in einfacheren Restaurants in der näheren Umgebung des Reichstags.<sup>107</sup>

Der finanzielle Aufwand dürfte allerdings lediglich ein zusätzlicher Grund dafür gewesen sein, dass sich die Sozialdemokraten von nahezu allen politischen und gesellschaftlichen Ereignissen, an denen die Abgeordneten des Reichstags beteiligt waren, fern hielten. Bei den zu Beginn jeder Session anstehenden Eröffnungen des Reichstags im Weißen Saal des Stadtschlusses war dies wenig überraschend. Dasselbe gilt für Bismarcks parlamentarische Soireen und Frühschoppen, bei denen sich verständlicherweise nie ein Sozialdemokrat blicken ließ. Vermutlich wäre ihm der Zutritt zu diesem gesellschaftlichen Höhepunkt im Kanzlerpalais verweigert worden.<sup>108</sup> Auch die Berichte über die vom Chef der Kaiserlichen Admiralität, von Stosch, organisierte Besichtigungsfahrt des Reichstags zu den Kriegshäfen in Wilhelmshaven 1873 oder über die Grundsteinlegung für den Neubau des Reichstagsgebäudes 1884 erwähnen die Teilnahme von Sozialdemokraten nicht – von Berichten über die Empfänge anlässlich des Kaisergeburtstags oder von Staatsbesuchen ganz zu schweigen. Selbst bei den üblichen Hochs auf den Kaiser am Ende der Session achteten die Sozialdemokraten darauf, dass sie den Plenarsaal des Parlaments rechtzeitig verließen.<sup>109</sup> Manche Beobachter sahen in der Nichteinhaltung der Höflichkeitsformen gegenüber der Krone lediglich »Kindereien«<sup>110</sup> und verkannten damit die grundsätzliche Dimension des Problems.

106 Bebel, Protokoll Gotha 1876, 103 f.

107 August Stein, Unser Volksvertretung, wie sie ißt und trinkt. Wahrnehmungen aus älterer und neuerer Zeit [1897], in: ders., Es war alles ganz anders. Aus der Werkstatt eines politischen Journalisten 1891–1914. Aufsätze, hrsg. v. Max Fuchs, Frankfurt a. M. 21922, S. 95–103; Hugo Frenz, Unter der goldenen Kuppel. Heitere Bilder aus dem Reichstag, Berlin 1913, S. 106 f.

108 Zu den Soireen und Frühschoppen Bismarcks vgl. die wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genügende Quellensammlung von H[einrich] v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1, Breslau 1894.

109 A. Bebel, Leben, S. 506.

110 W. Kulemann, Erinnerungen, S. 79–81.

Die Reserve gegenüber gesellschaftlichen Empfängen, an deren Durchführung der Hof oder die preußisch-deutsche Exekutive beteiligt war, lässt sich unter den Bedingungen des Sozialisten-gesetzes leicht begreifen. Aber auch bei den nichtstaatlichen, gleichsam privaten oder halboffiziellen Anlässen legten sich die Sozialdemokraten große Zurückhaltung auf. Das galt selbst für die einfachste Form der Geselligkeit für die Mitglieder des Reichstages, nämlich die »gemeinsame Kneiperei aller Fraktionen« im Foyer und der Restauration des Reichstags, die seit 1871 jeden Mittwochabend stattfand und sich großer Beliebtheit erfreute.<sup>111</sup> Auch bei parlamentarischen Fischessen oder Weinproben – von den jeweiligen Lobbyistenverbänden veranstaltet – hielten sich die Sozialdemokraten fern. Als 1877 erstmals Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion an der Fraktionskneipe teilnahmen, erregte dies großes Aufsehen, da sie sich nach den Worten eines journalistischen Beobachters »bisher einer jeden geselligen Berührung mit dem Bourgeois« gänzlich entzogen hätten. Die Teilnehmer, Demmler und Rittinghausen, waren allerdings keine Proletarier im Frack, sondern bildungsbürgerlich geprägte Sozialisten, die, wie sogleich konstatiert wurde, »durchaus die Formen eines Gentleman« zu beachten wussten.<sup>112</sup>

Über die Art und Weise, wie die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Freizeit in Berlin verbrachten, gibt es nicht viele Informationen. Die wenigen vorliegenden Memoiren sozialdemokratischer Abgeordneter geben nicht viel her und bestätigen den Eindruck einer pflichtbewussten, aber wenig vergnüglichen Partei.<sup>113</sup> In der Regel blieben die sozialistischen Mitglieder des Reichstags unter sich und zogen sich in bekanntere Milieukneipen zurück, um dort mit Berliner Parteigenossen zu zechen (z. B. Moselwein für 50 Pfennig den Schoppen).<sup>114</sup> Die Zurückhaltung der Sozialisten wird verständlicher, wenn man berücksichtigt, dass die bürgerlichen Parteien überwiegend nicht bereit waren, die Sozialdemokraten als gleichberechtigte Kollegen anzuerkennen. »Eine zwanglose Unterhaltung, wie sie sonst im persönlichen Verkehr mit Mitgliedern anderer Parteien üblich war, pflegte hier nicht stattzufinden.« Man verweigerte den Sozialisten sogar die unter Parlamentariern übliche Anrede »Kollege«, und redete sie stattdessen mit »Abgeordneter« N.N. an.<sup>115</sup> Der Nationalliberale Kulemann sprach deshalb von einer »Scheidewand« zwischen der Sozialdemokratie und den übrigen Parteien, die von beiden Seiten gezogen worden sei. Sie konnte auch dadurch nicht überwunden werden, dass die Sozialdemokraten nach allgemeinem Urteil »äußerlich anständig« im Reichstag erschienen – nämlich im schwarzen Herrenanzug.<sup>116</sup>

111 Während der ersten Session 1871 fand der Abend noch im nahe gelegenen Lokal »Leipziger Garten« statt. Zu den Kneipereien vgl. z. B. O. Elben, Lebenserinnerungen, S. 199; C. Hohenlohe-Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 55, 57; J. Hölder, Tagebuch 1878–1880, S. 93 f.

112 Im neuen Reich 7 (1877), Bd. 1, S. 422.

113 A. Bebel, Leben; W. Blos, Denkwürdigkeiten; W. Bock, Im Dienste der Freiheit; K. Frohme, Erinnerungen; J. Most, Memoiren.

114 A. Bebel, Leben, S. 355.

115 W. Kulemann, Erinnerungen, S. 79–81.

116 Robert v. Mohl, Lebenserinnerungen 1799–1875, Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1902, S. 169.

Die Memoiren und Briefwechsel der Abgeordneten stimmen darin überein, dass auch in Bezug auf die gesellschaftliche Rolle der sozialistischen Abgeordneten um 1880 eine gewisse Entspannung zu bemerken war. Diese fiel zeitlich und wohl auch ursächlich zusammen mit der veränderten parlamentarischen Strategie der Sozialisten. Aufmerksam wurde registriert, dass die Sozialdemokraten »im Besuch der Sitzungen und in ihrem äußeren Auftreten eine bessere Haltung und mehr Mäßigung als früher« bewiesen.<sup>117</sup> Positiv vermerkt wurde etwa bei der Debatte über Arbeiterschutz von 1877, dass die Sozialisten bis »ins Detail ausgearbeitete Anträge« zu sozialpolitischen Fragen eingereicht hätten, die sich »völlig im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung« bewegten. Die Vorlage praktischer, wenn auch unakzeptabler Vorschläge habe zu einem wahren Wettstreit aller Parteien geführt, den Sozialisten etwas Angenehmes zu sagen, so dass deren Hauptredner Bebel und Fritzsche sich ängstlich gegen die Vermutung verwahrt hätten, sie wollten vom Programm des Zukunftsstaates irgend etwas fallen lassen.<sup>118</sup> Ähnlich urteilte der Sozialreformer Lohmann, der anlässlich einer Grundsatzdebatte über die staatliche Repressionspolitik 1881 fand, »dass die Sozialdemokraten in dieser Debatte entschieden überlegen« gewesen seien.<sup>119</sup> Die klimatischen Verbesserungen erkannte Bruno Geiser vor dem Plenum des Reichstags im Februar 1886 ausdrücklich an: Der Umgangston sei besser geworden, Gleichsetzungen mit Räubern und Mördern, wie sie noch vor Jahren üblich gewesen sei, würden nun nicht mehr vorkommen.<sup>120</sup> Auch der persönliche Verkehr mit Abgeordneten anderer Fraktionen scheint sich verstärkt zu haben. Ein Reichstagsabgeordneter stellte im *Sozialdemokraten* fest, dass die Führer der gegnerischen Parteien dazu übergegangen seien, die Ablehnung sozialdemokratischer Anträge im privaten Gespräch sachlich zu begründen.<sup>121</sup> Wiederholt sah man nun auch im Foyer des Reichstags Bebel oder Singer in Gespräche mit dem Zentrumsführer Ludwig Windthorst vertieft.<sup>122</sup> Die gesellschaftliche Realität spiegelt sich jedoch eher in der beiläufigen Bemerkung Bebels, dass es 25 Jahre gemeinsamer Abgeordnetentätigkeit bedurfte, bis er zum ersten Mal eine Privatunterhaltung mit Eugen Richter gepflegt habe. Und diese Unterhaltung fand nicht etwa im Foyer des Reichstags, sondern in einem Bahnabteil statt, wo der Zufall die beiden zusammengeführt hatte.<sup>123</sup>

117 Im neuen Reich 7 (1877), Bd. 1, S. 549 f.

118 Im neuen Reich 7 (1877), Bd. 1, S. 712.

119 Lohmann an Wyneken, 25. 4. 1881, in: Mut zur Moral. Aus der privaten Korrespondenz des Gesellschaftsreformers Theodor Lohmann, Bd. 1: 1850–1883, hrsg. v. Lothar Machtan, Bremen 1995, S. 568 f.

120 RT VI/2/50 (19. 2. 1886), S. 1163. Ähnlich auch E. Bernstein, Lehrjahre, S. 156.

121 Sozialdemokrat, Nr. 30, 20. 7. 1882.

122 W. Blos, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 221; August Stein, Aufsätze, S. 23.

123 A. Bebel, Leben, S. 379.

## IV. Schluss

Die Ausgangsfrage dieses Aufsatzes lautete, ob und in welchem Umfang der Reichstag schon während der Kanzlerschaft Bismarcks zur Integration der politischen Arbeiterbewegung in das politische System des Kaiserreichs beigetragen hat. Sinnvoll erschien eine solche Fragestellung nur, wenn man dem Reichstag in Übereinstimmung mit der neueren Forschung erheblich mehr politisches Gewicht zuerkennt, als dies die Wissenschaft in der Tradition zeitgenössischer sozialistischer oder liberaler Kritiker oft getan hat. Eine entscheidende Voraussetzung bestand in der umfassenden demokratischen Legitimation des Nationalparlaments durch das allgemeine Wahlrecht für Männer. Die Antwort wird nach den beiden Untersuchungsfeldern – die Sozialdemokraten als parlamentarische Akteure sowie deren Rolle in der Gemeinschaft der Abgeordneten – differenziert ausfallen.

Für die sozialdemokratischen Akteure war der Reichstag zweifellos bereits während der Bismarck-Zeit das wichtigste politische Wirkungsfeld und damit zugleich der wichtigste institutionelle Integrationsfaktor. Gleichwohl handelte es sich lediglich um die *Anfänge* eines Prozesses, der sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen sollte. Indem die sozialistischen Parteien sich 1871 für die Beteiligung an den Reichstagswahlen entschieden hatten, war der erste Schritt getan, aus dem sich weitere mit einer gewissen Folgerichtigkeit ergaben. So ließ man sich aus pragmatischen Erwägungen auf begrenzte Kooperationen mit bürgerlichen Kräften ein, sei es bei Absprachen über das Verhalten in Stichwahlen oder sei es bei der Suche nach Unterstützung für Initiativanträge im Parlament. Mit dem allmählichen Anwachsen der Fraktion stellte sich auch die Frage der Mitwirkung in parlamentarischen Ausschüssen sowie generell an der legislatorischen Arbeit. Es ergab sich die scheinbar paradoxe Situation, dass die Sozialdemokraten sich gerade in dem Moment verstärkt auf den Parlamentarismus einzulassen begannen, als sie durch das Sozialistengesetz in besonders harscher Weise diskriminiert wurden.

Im Grunde reflektierte das graduelle Hineinwachsen der sozialdemokratischen Fraktion in den Reichsparlamentarismus lediglich die Interessen ihrer Wählerschaft, also vornehmlich der städtischen Arbeiter und zunehmend auch der Angehörigen protestantischer »kleinbürgerlicher« Kreise. Die Arbeiterschichten, die erheblich heterogener waren, als ein schematischer Klassenbegriff nahe legt<sup>124</sup>, ließen sich mit einer allein auf den agitatorischen Erfolg ausgerichteten Politik nicht dauerhaft gewinnen. Dass dies auch von den sozialistischen Abgeordneten verstanden wurde, zeigt nicht zuletzt die Formulierung ihrer Wahlaufrufe. Der »Pragmatismus« der Mehrheit der Reichstagsabgeordneten führte bereits während der 1880er Jahre zu ernststen innerparteilichen Konflikten, ohne die der Revisionismusstreit der 1890er Jahre ebenso wenig zu verstehen ist, wie die Tendenz der wilhelminischen Sozialdemokratie hin zu einer städtischen Verbraucherpartei.<sup>125</sup>

124 Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, Bonn 1992.

125 Christoph Nonn, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996

Wenn also mit Blick auf die Bereitschaft der Sozialdemokraten, sich innerhalb der Grenzen des Verfassungssystems politisch zu engagieren, die integrative Funktion des Reichstags bereits während der Kanzlerschaft Bismarcks betont wird, so fällt das Urteil in Bezug auf die Stellung der Sozialisten in der Gemeinschaft der Abgeordneten gegenteilig aus. Die Verantwortung dafür lag nur zum kleineren Teil in der Tendenz mancher Sozialdemokraten, sich gesellschaftlich abzukapseln und im vertrauten Milieu der Arbeiterbewegung einzurichten. Entscheidend blieb die massive Ausgrenzung durch den Großteil der politischen Gegner. Diese Ausgrenzung erfolgte nicht nur auf dem Wege der staatlichen Repression, sondern prägte auch das alltägliche Verhalten der adeligen und bürgerlichen Parlamentarier gegenüber den Sozialisten. In der parlamentarischen Kultur der Bismarck-Zeit blieben die sozialdemokratischen Abgeordneten ungeachtet einiger Hinweise auf ihre wachsende Respektabilität gesellschaftliche Außenseiter. Die eingangs gezeigte Fotografie mag daher einen falschen Eindruck erwecken, wenn sie die Sozialdemokraten in nahezu identischer Pose wie die übrigen Fraktionen des Hauses abbildet. Auf diese Weise lässt sie dieselben als gleichberechtigten Teil eines größeren Ganzen erscheinen. Innerhalb der rund 180 Aufnahmen umfassenden Fotoserie mochte das tatsächlich weitgehend zutreffen. Jenseits der inszenierten Bilderwelt konnte von einer gesellschaftlichen Einbeziehung der Sozialdemokraten jedoch kaum die Rede sein.